

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

304 (30.12.1920)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugpreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 4.00 M.; durch die Post bezogen 4.80 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatl. Einzelempl. 25 J.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth über die politische Lage

W.D. Freiburg, 29. Dez. Im großen Saale des katholischen Vereinshauses sprach heute abend auf Einladung des Volksvereins für das katholische Deutschland

Reichsfinanzminister Dr. Wirth

Aber die innere politische Lage des Reiches. Unsere innenpolitische Lage kann nicht besprochen werden, ohne wenigstens einen kurzen Blick auf unsere Außenpolitik zu werfen. Dieselbe ist für lange Zeit gebunden an den Versailler Friedensvertrag. Ohne ihn zu verdrängen, können wir keine Politik treiben, weder nach innen noch nach außen. Unsere Außenpolitik müssen wir verdrängen bei allen unseren Entscheidungen, und ein Schritt von größter außenpolitischer Bedeutung war es, als wir erklären mußten, daß wir die in den letzten Monaten im Wege des Ausgleichsverfahrens geschlossenen Verträge in der bisherigen Form nicht mehr weiter beizubehalten können. Die Versailler Konferenz war sehr wichtig, und ich betrachte sie als einen großen Fortschritt. Anfang Januar werden die Sachverständigen wieder zusammentreffen, die letzte Entscheidung erfolgt aber an anderer Stelle. Sicher ist, daß auf den Versailler Verhandlungen sich langsam der Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß der Vertrag so nicht durchführbar ist, wenn seine technische Durchführung nicht ermöglicht wird. Die als Wiedergutmachung von französischer Seite bis in die letzte Zeit hinein häufig genannte Summe von 267 Millionen Goldmark stellt den Wert des gesamten deutschen Volkvermögens dar. Das können wir nicht leisten. Die Verhandlungen werden jetzt in Berlin fortgesetzt, wo ein französischer Vertreter Studien über den deutschen Staat macht und wir werden Auskünfte geben müssen über alle Einzelheiten des Budgets. Aus den uns in Brüssel vorgelegten Fragebogen könnte die deutsche Beamtenschaft ersehen, wie gefährlich es ist, eine unkluge Politik zu treiben. Genaue Pläne werden von uns verlangt über die Zahl der jetzt vom Staat beschäftigten Beamten im Vergleich zu dem Beamtensatz von 1913 usw. Eine jede Partei, die heute mitregieren will, muß sich von vornherein klar darüber sein, daß sie der Parteipolitik fortgesetzt Opfer bringen muß, wenn wir nicht zusammenbrechen wollen.

Der Minister ging sodann des näheren auf die letzten Arbeiten des Reichstages ein und erwähnte dabei das Sperrgesetz. In normalen Zeiten würde er es als das Energischste befehligen haben, aber unter den jetzigen Verhältnissen sei es nicht angebracht, daß die Länder und die Gemeinden die vom Reich geschaffenen Besetzungsordnungen überholen. Heber die unter der Beamtenschaft herrschende Bewegung sagte der Minister: Ich bin unterrichtet über die großen Bewegungen bei den Eisenbahnern und der Post, über Forderungen durch den Streik durchzubringen. Es ist ein großes Spiel, was die Beamtenschaft hier beginnt. Nur eines darf nicht übersehen werden: Sie kann sich der Verantwortung nicht entziehen. Wenn eine große Bewegung der Arbeiter, Anstellungen und Beamten kommen sollte und die heutige Regierung, die doch eine Minderheitsregierung ist, in Gefahr kommen sollte, daß sie diesen Wünschen nicht entsprechen könne, und ich würde es sehr zu wünschen sein, wenn ein großer Generalstreik des gesamten deutschen Betriebspersonals und heimischen sollte, dann würde ich sagen: Herr Reichspräsident, rufen Sie die Führer der großen Organisationsvereine zusammen und übertragen Sie ihnen die Bildung der Regierung. Die Entscheidungen werden sich rasch drängen. Wer heute Forderungen erhebt und wer unsere Gesamtfrage überleht und glaubt, die Forderungen müssen erfüllt werden, der muß bereit sein, die Verantwortung zu übernehmen.

Bezüglich der Sozialisierungsfrage betonte der Minister die Notwendigkeit, daß in dieser Frage ein energischer Schritt vorwärts getan werden müsse. Er wolle sich eins mit dem Reichspräsidenten, daß dem Sinn und der in dieser Frage ein Ende gemacht werden müsse. Ein Gesetzentwurf werde dem Reichstage bis spätestens Anfang Februar zugehen.

Das Rechnungsjahr 1920, so führte der Minister weiter aus, schließt mit einem Fehlbetrag von 80 Milliarden Mark. Ich muß dem Reichstage einen Ergänzungsetat von rund 12 Milliarden vorlegen. Davon entfallen 7 Milliarden auf die Einfuhr von Brotgetreide, 1/2 Milliarden für Beschaffung von Mais für Beschaffung von Phosphorsäure aus dem Auslande zur Düngung unserer ausgedehnten Acker mit fünf Hunderte von Millionen zur Verfügung gestellt werden. Einen solchen Fehlbetrag können wir nicht 2 oder 3 Jahre hindurchschleppen. Der Rest muß Opfer bringen, so schmerzhaft es auch für den einzelnen sein mag. In der Einkommensteuer muß in erster Linie die Doppelbesteuerung abgeschafft werden. Das Steuerfreie Einkommen soll auf 3000 M. erhöht werden. Auch hierüber werde ich dem Reichstage umgehend einen Entwurf vorlegen. Er wird erhebliche Steuerausfälle bringen, und diesen Ausfall wollen wir decken durch die Barzahlung vom Reichsnotenverfall. Gleichzeitig wollen wir dadurch einen Teil des umlaufenden Papiergeldes einziehen, um vielleicht im Frühjahr ein langsames Tempo, vielleicht auch eine gewisse Stilllegung der Notenpressen zu erreichen. Wenn uns dieses auch nur für zwei Monate möglich sein sollte, so würde das Vertrauen des Auslandes dadurch sehr gehoben werden. Den Kredit unserer Reichsbank dürfen wir auf keinen Fall gefährden. Ich habe die Hoffnung, daß dem holländischen Kreditabkommen, das vor kurzem endlich ratifiziert worden ist und das einen Notkredit mit automatischer Verlängerung darstellt, den Anfang bedeutet für weitere solche Aktionen. Ich denke dabei an Amerika, warne aber davor, der amerikanischen Finanzwelt dabei andere als geschäftliche Momente zu unterstellen. Die Amerikaner wollen und werden mit uns Geschäfte machen, aber nicht etwa aus einem Gefühl des Mitleids mit dem deutschen Volk heraus.

Zum Schluß kam der Minister auf die Besprechungen zu sprechen, die sich innerhalb des Zentrums auf Bildung neuer Parteien geltend machten. Er bewachte die Gründung der Bayerischen Volkspartei, die nur die Gesamtpartei abschafft habe. Gewiß seien alle Parteien heute in einer Umbildung begriffen, aber man dürfe dabei die alten Grundlagen nicht ganz erschüttern. Er stehe im demokratischen Zentrum, und er werde ihm treu bleiben, solange er im politischen Leben stehe. Redner verurteilte auch die Angriffe, die gegen das Leben der jungen Republik gerichtet werden und sagte, an dem Tage,

wo versucht werden sollte, der jungen deutschen Republik das Lebenslicht auszublasen, werde man einen Sturm der Arbeiter erleben. Lebhafter Beifall dankte dem Redner.

Aus der Botschafterkonferenz

Die Besetzung des Ruhrgebietes und der Einmarsch in Bayern als Druckmittel?

Berlin, 29. Dez. (Privattelegramm.) In diesen Ententekreisen werden Einzelheiten über die Verhandlungen der Botschafterkonferenz in Paris in der Angelegenheit der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen berichtet. Die Botschafterkonferenz hat, wie bekannt, die endgültige Entscheidung über diese Frage den alliierten Regierungen überlassen. Dies geschah hauptsächlich deshalb, weil es sich um schwerwiegende Entscheidungen handelt und weil beabsichtigt wird, nötigenfalls zu Druckmitteln zu greifen. Unter diesen Druckmitteln wollen Berliner Ententekreise nicht nur die Besetzung des Ruhrgebietes, sondern gegebenenfalls auch den Einmarsch in Bayern verstanden wissen. In den ersten Januartagen trifft General Klotz aus Paris in Berlin ein, um mündlich der deutschen Reichsregierung die letzten und endgültigen Beschlüsse der alliierten Regierungen zu übermitteln. Angeblich will die Entente einen längeren Aufschub ihrer Forderungen nach Entlassung der Einwohnerwehren nicht mehr dulden und ihre Entschlossenheit durch die Herbeiführung eines Ultimatum's Ausdruck verleihen.

Der 16. Januar

11. Berlin, 29. Dez. Zu der Feier des 18. Januar ist sich die Reichsregierung dahin schlüssig geworden, von der Bestimmung dieses Tages als Feiertag im Wege der Gesetzgebung abzuziehen, erachtet es aber für wünschenswert, daß dieses Tages der Einigung der deutschen Stämme und der Gründung des Reiches vor nunmehr 50 Jahren in angemessener Weise in den Schulen gedacht werde.

Parteien der französischen Sozialisten

Louise, 29. Dez. Der sozialistische Parteitag letzte heute die Erörterung über die Frage des Anschlusses an die dritte Internationale vor. Labors erklärte, bevor von einer Diskussion des Proletariats gesprochen werden dürfe, müsse das Proletariat erzogen werden. Kurz vor Beendigung der Vormittagsitzung traf ein Telegramm Alara Jettins ein, das sich für die dritte Internationale ausspricht. Am Nachmittag erließ Alara Jettin wider Erwarten persönlich im Sitzungssaal. Sie erklärte in bestiger Rede, daß die französischen Sozialisten eine Trennung vornehmen müßten, trat für eine Revision des Versailler Vertrages ein und empfahl eine geistige Union zwischen den deutschen und den französischen Arbeitern. Die Ausführungen der Rednerin wurden auf der Linken mit großem Beifall aufgenommen. Als Alara Jettin sich zurückzog, wurde niemand hinausgelassen, und der Kongreß tagte eine halbe Stunde hinter verschlossenen Türen, um eine Denunziation zu verhindern.

Das Kreditabkommen zwischen Holland und Deutschland

Haag, 28. Dez. (Privat-Telegramm.) Der Austausch der Ratifikationsurkunden über das deutsch-holländische Kohlen- und Kreditabkommen ist heute vormittag im Auswärtigen Amt erfolgt.

Nach einer Meldung aus Brüssel wurde ein ständiger Kredit von 140 Millionen Gulden für Kohlenstoffe auf 10 Jahre zu 6 Prozent bewilligt, ferner ein Lebensmittellimit von 60 Millionen Gulden. Deutschland hinterlegt auf das geleistete Darlehen Zehnjahresanleihe. Die Zinsen werden vorläufig gestundet. Deutschland verpflichtet sich außerdem zu regelmäßigen Kohlenlieferungen.

Die Finanznot Wiens

11. Wien, 29. Dez. Nach Angabe des Finanzreferenten der Stadt Wien hat die Stadt die 75 Millionen Kronen, die in den Kassen zur Auszahlung der Gehälter und Löhne am 31. Dezember vorhanden sein sollten, noch nicht in Besitz. Der Referent berechnet die Mehrbelastung der Stadt Wien infolge der Trennung von Niederösterreich auf 320 Millionen Kronen und Mehrbelastung durch die neue Krankenanstalt auf 300 Millionen Kronen.

Bereinigte Staaten und Deutschland

11. Berlin, 28. Dez. Der amerikanische Senator Cornick hat gestern abend Berlin verlassen und sich nach Koblenz begeben. Vor seiner Abreise hat er dem hiesigen Amerikaner für einen Besuch abgesehen. Während dieses Besuches sprach er sich, wie die „A. Z.“ berichtet, über die Aussichten der deutsch-amerikanischen Beziehungen günstig aus und faßte sein Urteil über die allgemeine Lage in die Worte zusammen: Am Ende des Lunnels kann man das Licht sehen! Zur Erreichung einer Annäherung zwischen beiden Staaten hält Cornick besonders auch den gegenseitigen Besuch der Hochschulen für Studierende für sehr wichtig. Er meint, daß mit P. Mitter für die Valutaverhältnisse in Amerika den deutschen Studenten sehr entgegen gekommen werden müsse, etwa durch Gewährung von Dollarstipendien.

Vom allrussischen Rätekongreß

11. Kopenhagen, 28. Dez. Nach Meldungen aus Moskau führte Lenin in seinem Bericht auf dem allrussischen Sowjetkongreß noch aus, die Verhandlungen mit England würden fortgesetzt. Die Unterzeichnung eines Handelsabkommens stehe nahe bevor. Bezüglich der Konzeptionspolitik erklärte Lenin, daß die Bestimmungen über diese Konzeptionen vom Volke als Beweis für die Frucht vor einer kapitalistischen Inflation betrachtet werden. Die Konzeptionen enthielten jedoch keine Gefahr, da die Sowjetregierung auf der Gut sein werde.

Rafender Wahnsinn in Frankreich

Zweierlei Franzosen arbeiten systematisch an der Zerschlagung und damit an der beabsichtigten Vernichtung Deutschlands: die einen sind von einem nationalistischen Wahnsinnsausbruch befallen, der sie als komplett verrückte erscheinen läßt, die anderen sind in kalter Berechnung und aus Interessen heraus tätig, die nur die einer gewissen großkapitalistischen Clique sind. So treibt Frankreich die Entente von der einen zur anderen Drangsalierung Deutschlands, steinigt das deutsche Land und Volk bis aufs Blut und bereitet dadurch neues und unter Umständen fürchterliches Unheil für Europa vor. Die französische Presse ist in einem Maße auf die Seite gegen Deutschland eingestellt, daß die Bevölkerungsmassen dauernd aufs neue aufgepeitscht werden. Die französischen Sozialisten sind viel zu schwach und heute auch viel zu einflusslos, als daß sie in nennenswertem Maße diesem verwüstenden Treiben entgegen zu wirken vermöchten. Und ein großer Teil der französischen Sozialisten hat nicht einmal den guten Willen zu einer solchen Tätigkeit, die doch für Sozialisten selbstverständlich und Pflicht sein sollte. Wer die nationalistischen Rasereien während der Kammerverhandlungen kurz vor den Weihnachtstagen verfolgt hat, sieht schäudernd, welche Stimmung in Frankreich herrscht und welcher haßerfüllte Unsinns dort selbst im Parlament verbreitet werden kann. Lefevre und Tardieu sind besonders abschreckende Beispiele dafür, neben ihnen aber auch zahlreiche Deputierte.

Die Rede des zurückgetretenen französischen Kriegsministers Andre Lefevre liegt jetzt im Wortlaut vor. Sie ist geradezu ein Stück aus dem Tollhaus, und man schaudert bei dem Gedanken, daß ein solcher Mann bis vor wenigen Tagen einen verantwortlichen Posten in der Regierung dieses Landes innehatte und daß die Phantasien, die er da stundenlang vorgetragen hat, wiederholt den für mich den Beifall der Mehrheit der französischen Kammer verdient haben.

Nach Herrn Lefevre befindet sich Deutschland nicht nur in volstem wirtschaftlichem Aufblühen, sondern es rüftet außerdem fieberhaft und heimlich für den Revanchekrieg. Durch Herrn Lefevre erfahren wir, daß Deutschland während des russischen Vormarsches im Juli 1920 große Mengen von Kohle nach Rußland exportierte! Er verlas hierüber eine Statistik, wonach Deutschland in der Zeit vom 1. bis zum 15. Juli täglich 230 Waggons Kohle nach Rußland sandte, vom 16. bis 31. Juli sei diese Zahl auf 391 gestiegen, vom 1. bis zum 12. August — als sich die roten Waggons näherten — sogar auf 399; sodann in der zweiten Hälfte vom August sei diese Ziffer auf 101 gefallen. „Die Kunden hatten sich entfernt“, bemerkt der wibige „Staatsmann“, und das Sitzungsprotokoll verzeichnet: „Stürmischer Beifall im Zentrum, rechts und auf mehreren Banken links“. Lefevre lobt die aus Polen, Litwien und Rumänien gebildete Barriere, die den Germanismus vom Bolschewismus trenne und ohne die sich morgen 60 Millionen Germanen mit 80 Millionen Russen zusammenschließen würden, um eine ungeheure Menschenflut zu bilden, die einmal gegen Osten nach Indien zu, einmal gegen Westen, nach dem Rhein zu, branden würde. (Stürmischer, sich wiederholender Beifall links, in der Mitte und rechts.)

Der gewesene Kriegsminister läßt sich nichts vormachen: alles deutet auf geheime Vorbereitungen für eine Mobilisierung hin, von der Einführung des telephonischen „Ueberfall“-Anrufes bis zur Auslieferung von 7 Millionen Militärbüchern durch die Demobilisierungsämter, Krupp fabriziert neue Geschütze. Man hat zwar bisher keine solchen gefunden, aber die entsprechenden neuen Granaten. Ebenso werden zwei neue Typen von Maschinengewehren erzeugt, die 1500 Geschosse pro Minute abfeuern usw. usw.

Als der Redner seinen Vortrag beendet hatte, wurde er nicht nur für mich begrüßt, sondern es gingen noch zahlreiche Abgeordnete aus allen Teilen des Hauses auf ihn zu, um ihn persönlich zu begrüßen und zu danken.

Daß die Mehrheit letzten Endes doch der Regierung ihr Vertrauen bezeugt, liegt nicht daran, daß sie Lefevres Angaben bezweifelt, sondern daran, daß sie vor der von ihm verlangten Aufrechterhaltung der höchst unpopulären dreijährigen Dienstzeit zurücksteht.

Es ist indes klar, daß auch die ruhigeren Köpfe der französischen Regierung mit den Stimmungen, die sich in der Kammer geltend machen, rechnen müssen. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß wir bei der heute noch herrschenden Atmosphäre eher auf überhöhten Forderungen hinsichtlich unserer Abrüstung zu rechnen haben, denn auf eine Abmilderung des von der Entente bisher eingenommenen Standpunktes.

Jede Weigerung, den auf dem Friedensvertrag basierenden Wünschen der Entente nachzukommen, jeder Versuch, ihre Erfüllung hinauszuzögern oder sich ihr zu entziehen, jede Aufdeckung einer Geheimorganisation — und keine von ihnen kann verborgen bleiben — wird die Stimmung eines fast krankhaften Mißtrauens drüben noch verstärken und die Lage Deutschlands noch weiter verschlechtern. Solange es nicht gelingen ist, den Geiern von unferer ehrlichen Bereitschaft zur Abrüstung, von unserer

chac
fahr
der
en
chac
en
erei
pp
llstens
ellen:
e:
abe 8
u. u. 243
e 46
e 15
e 32
e 13
e 18
e 1
e 18
e 18
stätt.
von
öbel
ne Kauf-
licht.
uch,
reherit. 3.
eine
lung
sch
se 16.
gen.
nde
21. nach-
umg
esbornung
age müssen
A. Dietrich,
die Wichtig-
liges und
7190
ng
mit Sanz
urcat.
lasse
sbesonders
am 27. ds.
er Landes-
die Be-
Dezember
ab:
Woche.
7191

christlichen Verzicht auf jeden Vergeltungskrieg zu überzeugen, werden wir ihn auf diesem Gebiet unerbittlich finden.

Serr Lesebre hat den einzigen Entschuldigungsgrund für sich, daß er kein Militärachverständiger ist. Die Sachverständigen werden über seine Menge lächeln. Muß doch selbst der „Figaro“ zugeben, daß nach der Ablieferung von 30 000 Kanonen, 16 000 Flugzeugen, 163 000 Maschinengewehren, 3 Millionen Gewehren ein deutscher Ueberfall auf Frankreich zu den wenig wahrscheinlichen Dingen der Welt gehört. Alle vernünftigen Leute jenseits und diesseits der Grenzen werden sich dieser Auffassung anschließen, und von diesseits kann hinzugefügt werden, daß keine deutsche Regierung, und wäre es selbst eine Putzregierung à la Kapp, an ein so unsinniges Unternehmen denken könnte.

Die sozialistische Presse Deutschlands kämpft in der Abstraktionsfrage jede Verzögerung und jede falsche Ausrede. Gerade das gibt ihr das Recht zu sagen, daß es keinen Menschen in Deutschland gibt, der in der Rede des Herrn Lesebre etwas anderes erblicken könnte als einen nationalistischen Wahnsinnsausbruch oder eine grobe Spekulation auf die Leichtgläubigkeit der Hörer.

Aus derselben Stimmung ist wohl auch der Beifall zu erklären, mit dem die Neuherausgabe Lardieus aufgenommen wurde, da der englisch-französische Schutzvertrag nicht in Kraft getreten sei, wäre nach Art. 429 des Versailler Dokuments das Recht Frankreichs, das linke Rheinufer besetzt zu halten, zeitlich nicht begrenzt. Der Artikel 429 sagt in seinem letzten Absatz:

„Kräften in diesem Zeitpunkt die alliierten und assoziierten Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend, so darf die Zurückziehung der Besatzungstruppen in dem zur Erlangung der genannten Sicherheit für nötig gehaltenen Maße aufgeschoben werden.“

Für jeden Menschen, der gewohnt ist, Verträge in ehrenhafter Weise auszuliegen, heißt das: Die Besetzung kann fortgesetzt werden, wenn Deutschland keine genügenden Garantien für die Unterlassung eines nicht herausgeforderten Angriffs bietet; die Entscheidung darüber, ob diese Garantien gegeben sind, trifft nicht eine einzelne Macht, sondern die Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen. Weder hat also Frankreich das Recht, auf eigene Faust deutsches Gebiet zu besetzen oder weiter besetzt zu halten, noch kann das Nichtzustandekommen eines Bündnisses zwischen Frankreich und England den Grund dafür abgeben, einen Teil des deutschen Volkes noch länger als fünfzehn Jahre unter dem Druck einer fremden Besatzung zu halten.

Wir zweifeln gar nicht daran, daß das deutsche Volk über ähnlich schätzenswerte Exemplare verfügt wie die Herren Lesebre und Lardieu. Wir kennen sie nur allzu gut. Aber wir können versichern, daß sie nicht entfernt über denselben Einfluß verfügen, wie jene Herren und daß wir alles, was in unseren Kräften liegt, tun werden, um sie von der Macht fernzuhalten. Denn der beherrschende Einfluß solcher Leute ist für kein Land ein Glück.

Orgien der Reaktion in Bayern

Während darüber gestritten wird, ob der in Bayern noch immer geltende Ausnahmezustand mit der Reichsverfassung vereinbar sei, gehen die für die Regierungsorgane bestellten Staatskommissare daran, ihn kraft eigenen Rechtes auf das äußerste zu verschärfen. Eine Verordnung vom 28. Nov. 1919 hatte die in der Verfassung gewährleistete Versammlungsfreiheit durch die Genehmigungspflicht aller öffentlichen Versammlungen bereits wesentlich eingeschränkt. Nun veröffentlicht die „Frankfurter Tagespost“ eine Verfügung des Staatskommissars für den Regierungsbezirk Mittelfranken, aus der sich ergibt, daß die sämtlichen bayerischen Staatskommissare übereingekommen sind, über diese Bestimmungen hinaus das Versammlungsrecht noch weiter einzuschränken. Danach sollen künftig auch nicht öffentliche Versammlungen, in denen politische Vereinbarungen verhandelt werden, also auch die regelmäßigen Vereinsversammlungen politischer Vereine genehmigungspflichtig sein, ferner sogar sämtliche nicht politischen geschlossenen (nicht öffentlichen) Versammlungen mit Ausnahme von Vereinsversammlungen, die von den Vereinsleitern einberufen sind und zu denen nur

Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert.
(Fortsetzung.)

In einem Dorfe an der Grenze zwischen Caux und der Normandie mietete er sich schließlich für zweihundert Franken ein Haus, das ein Mittelstück zwischen einer Bäckerwohnung und einem Herrenhause darstellte; und mit sich und der Welt habend, jeden Menschen, der es zu etwas gebracht, beneidend, von unfruchtbarer, zu später Reue befallener, schloß er sich dort von der Welt ab, die ihn umgab, wie er sagte, um in Frieden und Einsamkeit zu leben.

Seine Frau hatte ihn am Anfang ihrer Ehe rasend geliebt, ihre dienstfertige Unterwürfigkeit hatte ihn jedoch immer mehr von ihr entfernt. Erst heiter, zutraulich, liebend und liebenswürdig, war sie allmählich, wie vertrocknender Wein langsam zu Essig wird, reizbar, launenhaft und nervös geworden. Sie hatte, ohne sich zu klagen, viel gelitten, wenn sie ihn in die ersten Gehjahren hinter allen Dienen des Dorfes herumlaufen sah, und er am Abend aus allen möglichen schlechten Orten, von sich selbst angewidert und in einem üblen Alkoholrausch nach Hause kam. Da war endlich ihr Stolz erwacht. Sie hatte sich in einen schweigenden Stoizismus vergraben, der sie bis zu ihrem Tode nicht mehr verließ.

Die Frau übernahm nun selbst die Verwaltung ihres Vermögens, verhandelte mit Rechtsanwältin und Gläubigern, sorgte daß an Verkaufstagen die Wechsel bezahlt oder prolongiert wurden. Dazu war sie unabhängig im Hause beschäftigt, wusch, nähte, plätete, beaufsichtigte die Arbeiter, sorgte, daß alles bezahlt und nichts verschwendet wurde, während der Hausherr übellaunig, träge und schläfrig in der Ecke am Ramin saß, seine Pfeife rauchte, in die Asche spuckte und seine Frau hin und wieder durch hämische Bemerkungen zu ärgern versuchte.

Als sie ein Kind bekam, mußten sie es die erste Zeit zu einer Amme geben. Als es wieder zu ihnen zurückkam, wurde es verhäßelt wie ein Brin. Die Mutter stillte es mit Milch, während der Vater es darfuß herumlaufen ließ und, um den Philosophen zu spielen, behauptete, es könne eigentlich überhaupt ganz nackt herumlaufen, wie die Jungen der Tiere. Ganz im Gegensatz zu den Neigungen und Wünschen der Mutter schwebte ihm eine gewisse Erziehung zur Männlichkeit als Ideal vor, er wollte seinen Sohn spartanisch erziehen, um seine Konstitution zu kräftigen. Der Kleine

die Mitglieder gegen Ausweis durch ihre Mitgliedskarte Zutritt haben.

Diese Verfügung der Staatskommissare würde die Versammlungsfreiheit in Bayern selbst weit hinter den Zustand des alten Vereinsrechts zurückdrängen. Da zu einem solchen ungeheuerlichen Anschlag auf die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten auch nicht der mindeste äußere Anlaß vorliegt, ist nur die Annahme möglich, daß die Maßregeln „Ordnungsregierung“ mit diesem Anschlag andere Zwecke als die Aufrechterhaltung der nitigends bedrohten öffentlichen Ordnung verfolgt. Offenbar will sie damit nach außen hin den Anschein erwecken, als ob die staatliche Ordnung in Bayern doch noch nicht so gefährdet sei, daß man auf die „Selbstschutzzorganisationen“ verzichten könne. Natürlich wird der Zweck, der damit erreicht werden soll, nicht erreicht werden, da die Entente über die innerpolitischen Verhältnisse Bayerns genau genug unterrichtet ist, als daß sie sich durch derartige Manöver hinteres Nicht führen lassen würde.

Noeren

Die Gestalt des zu Weihnachten verstorbenen ehemaligen Zentrumsabgeordneten Hermann Noeren hat sich dem deutschen Volk unverlöschlich als die Typus des maderischen Eitlichkeitsapostels eingepägt. In dem Kampf, den Noeren während seiner mehr als 20jährigen parlamentarischen Tätigkeit gegen den „Schmutz in Wort und Bild“ führte, war sicher ein berechtigter und ehrlicher Kern. Aber dieser katholisch-orthodoxe Fanatiker besah einen viel zu engen Horizont, um zwischen unzähligen Schmutz, der niedriger Gefinnung entspringt, und höchstem künstlerischem Schaffen auf dem Gebiet des epischen untercheiden zu können. Noeren kämpfte mit gleicher Inbrunst die photographische Herzerlei, die irgend ein gerissener Kapitalist betrieb, wie das Streben der modernen Kunst nach neuen Eitlichkeitsbegriffen. Was der ihm von Kindesbeinen eingemuldeten Morallehre der katholischen Kirche widersprach, galt ihm als unästhetisch und mußte verboten werden.

Charakteristisch für den Verstorbenen ist folgende Tatsache:

Noeren gehörte zum Gerichtshof im Elberfelder Geheimbündnisprozess, in dem Bebel, Grimpe, Dertel aus Nürnberg und einige Duzend anderer Genossen angeklagt waren. Es sollte eine Verurteilung unserer Organisation und eine Inanspruchnahme der Führer durch den Prozeß hervorgerufen werden. In Noeren bäumte sich das Rechtsgefühl des anständigen Richters gegen alle die Machenschaften der Staatsanwaltschaft und des Gerichts auf. Er beantragte Bebel von allen Anklagen und geblanten Sausuchungen, die während der Hauptverhandlung noch vorgenommen werden sollten. Noeren hat damals ein gewagtes Spiel gespielt, aber er hat in dem schweren Pflichtenstreit die Ehre der Justiz gerettet. Bebel und die meisten Angeklagten wurden freigesprochen, und nur wenige wurden nach vielhöchstem Verfahren zu kleinen Strafen verurteilt.

Systematische Wehrlosmachung Deutschlands an den Grenzen

W.B. Berlin, 28. Dez. Die Völkerverkonferenz hatte durch eine Note vom 17. Dezember der deutschen Regierung mitgeteilt, daß nach ihrer Auffassung die Entscheidung der internationalen militärischen Kontrollkommission in der Frage der Auslieferung der deutschen Festungen mit Artillerie dem Völkervertrag vom Geiste der Artikel 167 bis 180 des Vertrages von Versailles entspreche und daß sie diese Entscheidung nur bestätigen könne.

Die Reichsregierung hat nun an die Völkerverkonferenz eine Note richten lassen, worin sie mittelst, daß sie nicht anerkennen werde, daß die Entscheidung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages im Einklang stehe.

In Verbindung dieses Standpunktes hebt die Note hervor: Nach dem Vertrag soll Deutschland das System der Befestigungswerke an seiner Süd- und Ostgrenze im Zustande vom 10. Jan. 1920 und mit den Geschützen, die an diesem Tage die Befestigung bildeten, behalten dürfen. Nach der Entscheidung der Kontrollkommission seien aber von 14 Festungen an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands 11 ihrer Festungen beraubt und damit tatsächlich aus der Reihe der Festungen gestrichen. Von den übrigen drei festen Anlagen werde nur für Swinemünde die beantragte Zahl von Geschützen genehmigt. Für Pillau werden statt 75 nur 35 Kanonen bewilligt und Königsberg soll nur etwa 20 schwere Geschütze behalten. Die Entscheidung der Kontrollkommission verstoße also gegen den Geist des Vertrages, denn von dem System der Befestigungswerke, das Deutschland nach seinem Schutze gegen einen bemanneten Einfall erhalten soll, bleibt darnach an der Südgrenze nichts, an der

mußte in ungeheiztem Zimmer schlafen, große Schilde Nummern und auf Projektionen schimpfen. Bei dem Kinde aber, das von Natur sanft und friedlich war, schlug diese Methode nicht recht an.

Die Mutter hatte es immer in ihrer Nähe, schnitt ihm Bildchen aus, erzählte ihm Geschichten und führte lange, traurige und heitere, kindisch gewöhnliche Unterhaltungen mit ihm. In all ihren Lebenserwartungen getauft und einsam, übertrug sie jetzt all ihre Hoffnungen auf das Kind. Sie träumte von einer hohen Stellung, die es einmal einnehmen werde, sah es als erwachsenen, schönen, klugen, jungen Mann vor sich, als Wegebauinspektor oder als Verwaltungsbeamten. Sie brachte ihm das Lesen bei, und ein paar alte Romane, die sie ihm auf ihrem alten Piano begleitete. Herr Bovary hielt jedoch nicht viel von der Wissenschaft und alles, was sein Sohn bis jetzt gelernt hatte, für nicht der Mühe wert. Würde es ihnen denn je möglich sein, den Sohn in eine höhere Schule zu schicken, ihm ein Amt oder ein Geschäft zu kaufen? Und endlich, mozu das alles? „Mit ein bißchen Mühe“ kommt ein Mann soviel schon durch die Welt!“ Frau Bovary biß sich in die Lippen, und der Knabe trieb sich unbeschäftigt im Dorfe umher.

Er lief den Arbeitern nach und war die herumfliegenden Krähen mit Erde. Er sammelte und bespitzte die Maulbeeren, die am Rande der Gräben wuchsen, hütete wohl einmal, die Erde stolz in der Hand, die Truchsen, half bei der Ernte die Garben unter der Ähre mit Murren und hat an großen Feiertagen wohl den Saffian, ihn beim Äuten helfen zu lassen, mozu er sich dann am Schluß mit seinem ganzen Gewicht an den Strid hing und in die Höhe ziehen ließ.

In dieser Freiheit wuchs er auf. Starb wie ein junger Eichbaum, mit kräftigen Gliedern und gesunden Farben.

Als er zwölf Jahre alt war, setzte seine Mutter endlich durch, daß man mit seiner Ausbildung begann. Man übertrug die Sorge dafür dem Pfarrer des Ortes. Die kurzen unregelmäßigen Unterrichtsstunden konnten jedoch nicht von allzu großem Nutzen sein. Sie fanden oft zwischen einer Taufe und einem Begräbnis, in aller Eile in der Sakristei statt; manchmal auch ließ der Geistliche seinen Schüler noch nach dem „Angelus“, wenn er nicht mehr ausgehen konnte, rufen. Dann stieg man in sein Zimmer hinauf — es war brüdend heiß — fliegen, Wälden und Nachtigallentöne tanzten um das Kerzchen; das Kind wurde müde und schlief ein, und bald schnarchte auch der gute Pfarrer, die Hände friedlich auf dem Bauche gefaltet. Zuweilen, wenn er irgend einem Kranken in der Umgegend

Ostgrenze nur ein gänzlich unzureichender Rest übrig.

Trotz dringlicher Vorstellungen hat sich die Völkerverkonferenz der Entscheidung der Kontrollkommission angeschlossen und die Kommission hat die Auslieferung der hiernach als überzählig geltenden Geschütze verlangt.

Der deutschen Regierung steht kein Weg mehr zu Gebote, ihr Recht zur Geltung zu bringen. Sie muß sich der Entscheidung der Alliierten beugen, legt aber gegen die Verletzung des Vertrages nachdrücklich Verwahrung ein.

Die Note weist dann auf die seit dem Beschluß der Völkerverkonferenz wesentlich veränderte Lage an der deutschen Ostgrenze hin und führt aus: Wenn die dort liegenden festen Plätze sämtlich aller Verteidigungsmittel beraubt würden, so fehle die letzte Möglichkeit, einem eindringenden Gegner Widerstand zu leisten. Die deutsche Regierung bittet daher die alliierten Regierungen, nicht darauf zu bestehen, daß Königsberg und Küstrin, sowie die Feste Bogen, die als vorgeschobene Kösten dem ersten Ansturm des Gegners standzuhalten haben würden, sofort entwaflnet werden. Sie bittet ihr dafür sich zur Klärung der Verhältnisse im Osten Aufschub zu gewähren.

Die Note teilt zum Schluß mit, daß die Befehle zur Ablieferung und Veräußerung aller übrigen Geschütze, soweit sie von der Kontrollkommission nicht genehmigt sind, am 16. und 20. Dezember ergangen sind.

Die schweizerische Industriekrise

1. Basel, 28. Dez. Arbeitslosigkeit und Betriebseinschränkung ist die Situation, in welcher die schweizerische Industrie und namentlich die Exportindustrie sich befindet, und dabei stehen wir erst am Anfang der schmerzlichen Industriekrise. Am schlimmsten steht es in dieser Beziehung in der Textilindustrie, welche über eine vollständige Stilllegung der Bestellungen klagt; von dieser wiederum ist die Seidenwebindustrie am härtesten betroffen. In engem Zusammenhang damit steht auch die Betriebsstilllegung der chemischen Industrie, die allerdings während des Krieges und bis in die jüngste Zeit hinein sehr gute Zeiten gehabt hat. Da infolge der hohen schweizerischen Valuta eine Absatzmöglichkeit in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, muß an weitere Betriebseinschränkungen gedacht werden und so wurden die Betriebe vorläufig auf zwei Wochen ganz geschlossen und dann soll die Arbeit auf vier Tage in der Woche reduziert werden.

Wie schwer die niedere Valuta des Auslandes auf der schweizerischen Industrie lastet, ergibt sich aus dem Umstande, daß beim Bundesrat 117 Begehren auf Einfuhrverbote gestellt worden sind. Aber bis jetzt ist nur dem Gesuche der Papierindustrie entsprochen worden.

Schon lange ruft auch die schweizerische Maschinenindustrie nach einem Einfuhrverbot; ihre Arbeitslosigkeit ist eine gewaltig große und beträgt mehrere zehntausende und die noch arbeitenden Betriebe haben die Arbeitszeit auf drei bis vier Tage in der Woche eingeschränkt, um auf Vorrat zu arbeiten. Der Absatz nach dem Auslande ist wie abgeschnitten. Deutschland, Frankreich, Italien, Oesterreich können nichts kaufen, weil die Preise für ihre Valuta unerträglich sind. Die schweizerische Uhrenindustrie feiert schon seit Monaten, weil jede Absatzmöglichkeit fehlt; die Zahl der Arbeitslosen ist eine so große, daß die Mittel der Kantone und der Gemeinden erschöpft sind, und die Hilfe des Bundes angerufen werden muß; von einer Besserung der Situation zeigt sich immer noch nicht die geringste Spur.

Die Zustände u. die Stimmung in Petersburg

D.E. Leningrad, 27. Dez. Der Helsingforsker Korrespondent des „N.-Grenz“ hat sich am 26. Dezember nach Leningrad an die russische Grenze begeben. Von dort berichtet er auf Grund von Aussagen von aus Petersburg eingetroffenen zuverlässiger Personen über die augenblickliche Lage in Petersburg folgendes: Infolge Mangels an Heizmaterial hat die Petersburger Straßenbahn ihren Verkehr einstellen müssen. Der Petersburger Vorstadverkehr geht nur mit fortwährenden Unterbrechungen vor sich. Die Sowjetregierung hat den Befehl erteilt, die in Kronstadt liegenden Panzerkreuzer für Holzheizung einzurichten. Mit Hilfe eines Eisbrechers sollen auf einem Panzerkreuzer von der Kopskaja-Landung am Finnischen Meerbusen Holzvorräte nach Petersburg geschafft werden. Die Petersburger Bevölkerung erhält zurzeit kein Holz. Die rationierte Lebensmittelverteilung findet indessen statt. Die Preise im Schleißhandel schwanken und hängen von der jeweiligen Betriebslage der Eisenbahnen und von dem Erfolg ab, mit dem die Schleißhändler ihre Einkaufsfahrten in die Provinz unternehmen. So kostet Butter jetzt 8000—10 000 Rubel das russische Pfund (400 Gramm), Brot 600 Rubel das Pfund, Fleisch 2000 Rubel das Pfund. In weiten Kreisen der Bevölkerung wird viel von der Möglichkeit eines Frühjahrsaufstands gegen Polen gesprochen, da, wie es heißt, die Sowjet-Militärtruppe eine Revolte fordern. Unter der Arbeiterklasse Petersburgs machen

die letzte Wegeführung gebracht hatte, rief er unterwegs den im Felde spielenden Knaben an und benutzte eine viertelstündige Rast unter einem Baume, um ihn ein Verbot konjugieren zu lassen. Manchmal unterdrückte sie ein Regen oder ein vorübergehender Belannter.

Gewöhnlich war der Pfarrer sehr zufrieden mit seinem Schüler und behauptete sogar, er habe ein gutes Gedächtnis.

Lange konnte dies jedoch nicht so bleiben. Seine Mutter forderte energisch eine eingehendere Erziehung, und der Vater, den ihre ewigen Vorstellungen langweilten, gab den Widerstand endlich auf. Man wartete noch, bis der Knabe zur ersten Kommunion gegangen war und schickte ihn dann aufs Gymnasium nach Rouen. Sein Vater brachte ihn gegen Ende Oktober zur Zeit des Jahresmarkts selbst dahin.

Es ist uns jetzt nicht mehr möglich, uns an Einzelheiten zu erinnern. Im ganzen genommen war er ein Bürsche von mäßigem Temperamente, der in den Erholungsstunden spielte, in der Klasse arbeitete, im Schlafsaal auf schlief und im Speisesaal immer tapfer speiste. Ein Belannter seiner Familie, ein Eisengroßhändler aus der Rue Gaullier, führte ihn einen Sonntag im Monat nach Geschäftsschluß spazieren, brachte ihn jedoch schon immer vor dem Abendbrot ins Kolleg zurück. Jeder Donnerstagabend schrieb er mit roter Tinte einen langen Brief an seine Mutter. Dann sah er seine Hefte noch einmal durch oder las in einem alten Exemplar des Annuaire, das sich im Besigzimmer herumtrieb. Wenn die Schüler sich im Garten tummeln durften, plauderte er mit dem Bedienten, der wie er vom Lande stammte.

Da er so fleißig war, hielt er sich stets in der Mitte der Klasse; einmal sogar trug er einen ersten Nebenpreis in der Naturgeschichte davon. Am Ende des dritten Schuljahres nahmen ihn die Eltern aus dieser Anstalt, um ihn Medizin studieren zu lassen, denn sie waren überzeugt, daß er sich bis zum Doktorat schon allein durchhelfen werde.

Seine Mutter mietete bei einem ihr bekannten Färber ein Zimmer in der vierten Etage, gab ihn dort auch in Kost, kaufte einen Tisch und zwei Stühle, ließ aus ihrer Heimat ein großes Kirschbaumholzbett kommen, setzte noch einen kleinen eisernen Ofen in das Stübchen und sorgte auch für einen Vorrat an Holz für den Winter. Dann reiste sie am Ende der Woche wieder ab, nicht ohne ihrem Sohne noch tausend gute Lehren gegeben zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

lich Sympathien für die Sozialrevolutionäre und die Menschewisten bemerkbar; diese Sympathieäußerungen werden auf die Zwillingkeiten innerhalb der Kommunistenpartei zurückgeführt, welche eine Verminderung des Ansehens der Sowjetregierung zur Folge gehabt hätten. Auf den Straßen Petersburgs ist eine Bekanntmachung der Außerordentlichen Kommission (der sog. „Tscheka“) ausgehängt, die warnend darauf hinweist, daß Anzeichen für die Vorbereitung terroristischer Akte gegen die Sowjetregierung vorliegen, und mit der Erschießung der Weiseln droht.

Rußlands Kompromißpolitik

Das Dekret der russischen Volkskommission, das dem ausländischen Kapitalismus eine konfessionierte und privilegierte Stellung auf russischem Boden verleiht, beschäftigt naturgemäß nicht nur die russische Öffentlichkeit, sondern von einer solchen noch die Rede sein kann, sondern auch die deutsche auf Lebenshöhe. Die Berliner „Köte Jahne“ hat auf die ersten Feststellungen mit einem wütenden Erguß geantwortet, in dem ausgeführt wurde, wenn Rußland gesungen sei, dem ausländischen Kapitalismus Konfessionen zu machen, so hätten eben die deutschen Sozialverräter die Schuld daran. Das Zentralorgan der Kommunisten sieht sich aber jetzt selbst genötigt, seine erste Verlegenheitsrede zu revidieren, indem es einen Aufsatz von Karl Kadek abdruckt, worin die Gründe für das russische Vorgehen doch erheblich anders dargestellt werden.

Solange in allen wichtigsten Staaten das Proletariat nicht gesiegt hat, so lange es nicht in der Lage ist, alle Produktionskräfte der Welt zum Aufbau zu gebrauchen, solange neben proletarischen kapitalistischen Staaten existieren, solange werden sie genötigt sein, Kompromisse zu schließen, solange wird es weder einen reinen Sozialismus noch einen reinen Kapitalismus geben, sondern territorial von einander abgegrenzt, werden sie sich auf den eigenen Staatsgebieten Konfessionen machen müssen.

Kadek führt aus, die Moskauer Sowjetregierung habe ursprünglich mit einer explosionsartigen Verbreitung der Revolution in der ganzen Welt gerechnet, sie sehe aber jetzt an deren Stelle nur eine allmähliche Befestigung, also einen langen Prozeß. Die erhoffte Massenbewegung, die die kapitalistischen Nachbarn Frankreichs, Englands und Amerikas im Rußland setzen sollte, sei ausgeblieben, und darum bleibe Rußland gar nichts anderes übrig, als mit den noch kapitalistischen Staaten einen modus vivendi, eine Möglichkeit des Miteinanders, zu suchen.

Kadek ist damit in seiner Erkenntnis endlich da angekommen, wo sich die Sozialdemokratie längst befindet. Wir haben immer erklärt, daß sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht mit einem Schlagschlag vollzieht, sondern daß er nur als ein schrittweise vor sich gehender Umwandlungsprozeß zu betrachten ist. Sozialistische und kapitalistische Prinzipien werden in der Wirtschaft lange neben einander bestehen, sie werden miteinander kämpfen, aber auch mit ihrer beiderseitigen Stärke rechnen müssen, bis schließlich am Ende dieses Umwandlungsprozesses die sozialistischen Prinzipien die Oberhand gewinnen werden. Diese „reformatorische“, „sozialistische“ Auffassung wird jetzt von einem der hervorragendsten Haupter des Bolschewismus selbst predigt.

Der Unterschied besteht nur darin, daß Kadek sich diesen Prozeß der Umwandlung als von Staat zu Staat fortschreitend vorstellt, während wir darin überzeugt sind, daß er nur vom Wirtschaftszweig zum Wirtschaftszweig fortschreiten kann, wobei natürlich verschiedene Grade des Fortschritts zwischen den verschiedenen Ländern auch noch möglich sind. In Deutschland befinden sich z. B. das öffentliche Verkehrswesen und die Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität zum größten Teil in öffentlicher Verwaltung, was in anderen Ländern noch nicht der Fall ist. Jetzt kämpfen wir um den gleichen Fortschritt auf dem Gebiete der Reproduktion, um die Sozialisierung des Bergbaus, der Herstellung von Baumaterialien und künstlichem Dünger. Inzwischen geht Sowjet-Rußland daran, seine Bergwerke und seine Wälder an den Kapitalismus zu verpacken, es befindet sich also in einer rückläufigen Entwicklung, während wir gradlinig auf unser Ziel aufstreben.

Das Schlimmste aber an der russischen Entwicklung ist, daß sie den Kapitalismus, nachdem sie ihn in seiner nationalen Prägung ausgerottet hat, aus dem Ausland importiert. Darum muß ihm Rußland auch eine besonders konfessionierte und privilegierte Stellung einräumen. Wir haben in Deutschland den Acht-Stunden-Tag und immerhin eine Städtchen Betriebs-

ratssystem, die kapitalistischen Gesellschaften, die sich jetzt in Rußland einnisten werden, werden keinerlei Grund haben, der Arbeiterklasse so weitgehende Zugeständnisse zu machen.

Es ist jetzt gerade zwei Jahre her, daß von fanatischen Schwärmern und anderen weniger idealistischen Elementen angeregt, der Bürgerkrieg in Deutschland begann. Die Schwärmer glaubten, sie könnten, wenn sie sich mit Gewalt der politischen Macht bewältigten, aus Deutschland ein rein sozialistisches Land und ein Paradies für die Arbeiter machen. Seitdem hat sich gezeigt, daß die Methode, die alles mit Gewalt auf einmal sozialistisch machen will, die Arbeiter nur noch in tieferes Elend führt: Die deutschen Reisenden in Rußland haben dies mit Schrecken gesehen. Aber noch ein weiteres hat sich herausgestellt: Hätte damals die kommunistische Putschaktion stattgefunden, wäre seitdem Deutschland nach russischem Muster regiert worden, so wären wir heute gerade so weit wie Rußland, d. h. wir müßten den ausländischen Kapitalismus bitten, sich unserer Naturkräfte und unserer menschlichen Arbeitskräfte zu bedienen, um der zerstörten Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen.

Ist dies ein Ziel, das wert ist, kostbares Menschenblut zu verspritzen?

Hast du schon

1

Abonnenten

für den „Volksfreund“ oder ein Mitglied für die Sozialdemokratische Partei gewonnen? Wenn nicht, so hole es sofort nach. Jeder organisierte Sozialdemokrat und jeder Leser des „Volksfreund“ kauft die sozialdemokratische Bewegung und ... schwächt die Reaktion! ...

Badische Politik

Kleinrentner-Fürsorge in Baden

In der „Kaiser. Ztg.“ teilt die Regierung mit: Vor Eintritt in die Weimarer Reichstag wurde ein Antrag auf Zustimmung, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, schleunigt Vorstöße zur Abhilfe der Not der Kleinrentner zu unterbreiten. Schon lange vorher, am 7. Juli 1920, hat der badische Landtag eine ähnliche Entschließung gefaßt, und das Arbeitsministerium hat seit geraumer Zeit dieser ernsten und drückenden Frage seine Aufmerksamkeit zugewendet. Zur vorläufigen Hilfe ist neben der Selbsthilfe eine richtige Organisation der Fürsorge nötig. Ueber die Organisationsfrage ist von Seiten des Arbeitsministeriums mit den Vertretern der Gemeinden eingehend beraten worden. Die Vorschläge, auf Grund deren sich — Reichs- oder Staatshilfe vorausgesetzt — die Hilfsfähigkeit aufbauen konnte, sind folgende:

1. In den Kreis der Fürsorge sollen arbeitsunfähige oder fast arbeitsunfähige Personen, deren Einkommen ausschließlich oder wesentlich aus dem Zinsgenuß kleiner Kapitalien besteht.
2. Die Fürsorge ist Sache der Gemeinden, die hierfür, soweit das nicht schon geschehen ist, Fürsorgeämter schaffen. Es erfolgt in jedem Fall nur nach eingehender individueller

Prüfung und kann die verschiedenartigsten Hilfsmöglichkeiten: Arbeitsvermittlung, Trausübertragung, Krankenpflege, sowie Geldunterstützung umfassen.

3. Zur Prüfung der Verhältnisse bedient sich das Fürsorgeamt der Mithilfe der Organisationen der Kleinrentner.

4. Es soll grundsätzlich nicht verlangt werden, daß vor Eintreten der Unterstützung das kleine Kapital aufgegeben wird. Erweist sich eine laufende Unterstützung als notwendig, so soll sie in Form eines Darlehens gegen Verpfändung der in Händen der Kleinrentner befindlichen Wertpapiere gewährt werden. Die Rückzahlung wird erst beim Ableben des Kleinrentners verlangt, es sei denn, daß eine unvorhergesehene Besserung in den Einkommensverhältnissen des Unterstützten eintritt.

Es ist beabsichtigt, in den nächsten Etat erstmals einen entsprechenden Betrag beizustellen.

„Aus der Beamtenbewegung.“ In der dieser Tage von uns gebrachten Notiz über eine Versammlung der Karlsruher Beamten teilte uns Gen. Weichmann im Auftrage der sozialdem. Landtagsfraktion mit, daß am 26., 27. und 28. November bekanntlich der sozialdem. Parteitag in Baden-Baden stattfand. Auf diesem fand die Tätigkeit der Fraktion zur Beratung und die Abgeordneten hatten dort zugegen zu sein. Nur dadurch erklärt es sich, daß in der betreffenden Versammlung Karlsruher Beamten ein Vertreter der Sozialdemokratie nicht anwesend war.

Im übrigen sei noch bemerkt, daß es im wesentlichen nicht auf den Besuch solcher Versammlungen durch Abgeordnete ankommt, sondern darauf, wie die betreffende Partei die Forderungen der Beamten im Haushaltsausschuß und im Plenum des Landtags vertritt. Nach dieser Richtung aber glaubt die sozialdemokratische Landtagsfraktion noch immer ihre Pflicht erfüllt zu haben.

Gewerkschaftliches

Die Volksschullehrer und die freien Gewerkschaften

Vor kurzem fand seitens der Ortsgruppe Karlsruhe des Badischen Lehrervereins im „Weißen Berg“ die Fortsetzung der Besprechung der Gewerkschaftsfrage statt. In einer Versammlung vorher war nach den Referaten des Herrn Guleiters Schneider vom Zentralverband und Oberreferent Weß vom Deutschen Eisenbahnerverband über dieses Thema die Aussprache und Beschlußfassung verlagert worden. Die Ortsgruppe Karlsruhe hat sich nunmehr, nach wiederholter eingehender Aussprache, dahin entschlossen, den Badischen Lehrerverein zu beauftragen, beim Deutschen Lehrerverein den Anschluß an die Organisation des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu beantragen.

Aus der Partei

Legien und der Rapp-Kußch

Das größte Lob für einen Toten ist die Tatsache, daß auch seine prinzipiellen Gegner die sachliche Größe seines Schaffens anerkennen müssen. Diese Anerkennung wird jetzt unserm verstorbenen Karl Legien zuteil. Die bürgerliche Presse rechts, wie die kommunistische Presse links, ist in dem Urteil einig, daß Legien ein glänzender Organisator und ein großer Schaffender gewesen ist.

Freilich sucht man dieses sachliche Lob durch prinzipiellen Tadel hinterher einzuschränken. Aber es ist einigermaßen merkwürdig, wenn die kommunistische „Internationale“ ausgerechnet die Tage des Rapp-Kußches herbeizitiert, um den verstorbenen Gewerkschaftsführer als einen stets vermittelnden Reizleiter hinzustellen.

Wer Legien während der Rapp-Tage erleben durfte, der weiß, daß gerade für diese Zeit kein Urteil falscher und ungerichteter ist. Die Gewerkschaften waren es, die damals das Rückgrat der gesamten Arbeiterbewegung gegen die Rapp-Verbrecher bildeten. Und gerade hier hat Legien seine Qualitäten als Führer glänzend bewährt. Er war es, der jene 8 Punkte formuliert, von deren Bewilligung der Abbruch des Generalstreiks abhängig gemacht wurde und alle Zeugen der Ereignisse werden bestätigen, daß diese 8 Punkte durch ihre Entschiedenheit und das Maß der gestellten Forderungen selbst die Unerschrockenen überforderten. Die damals noch ungeschaltene unabhängige Partei hat sich restlos und einmütig auf den Boden der 8 Punkte gestellt, und es war namentlich der jetzige Kommunist Kußch, der als Mitglied der Berliner Gewerkschaftsleitung mit begeistertem Leidenschaftlichkeit für das Programm der 8 Punkte eintrat. Wenn das Programm der 8 Punkte später nicht zur Tat wurde, so ist das nicht Legiens Schuld, sondern Schuld der Unerschrockenen, die kaum, nachdem die größte Rapp-Gefahr überwunden war, wieder mit den altgewohnten Waffen des Bruderkampfes und der Parteigerreißung die Arbeiterklasse schwächten; anstatt einmütig und Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie auf die Durchführung der 8 Punkte zu dringen. Nebenfalls eins ist sicher; wenn die Kommunisten Legiens

Schnujdt

Die große Schnujdt unserer Zeit heißt Land. Ob sie sich auslebt nur im Hunger nach Kartoffeln und Milch oder im Trieb, selbst hinauszuweichen und wieder Ackerbauer zu werden, das ist das Gleiche: Die Scholle ist als die ewige Gebärerin wieder erkannt und es fällt uns allen wie Schwuppen von den Augen, daß auch die abschafte Größindurie nur ein langer Umweg ist und bleibt. Aber der schönste Leitartikel streicht die Entwicklung Deutschlands als Industriezeit nicht aus und kein Rückblick bringt Verunsichertes wieder. Und doch wird einem beim Denken an eine erdbest fruchtigste Kindheit wehmütig klar, was einem selbst und wohl dem meisten zunächst einmal not tate. Die ruhige Sicherheit eines Lebens der gesunden Stille und die stolze Robenständigkeit des Baumes, der, mag er seine Wurzel noch so tief in die Erde senken, mit der Krone doch frei in den Lüften schwingt.

Für fast alle ist das eine herbe und unerfüllbare Schnujdt. Und doch kann man nicht lassen, ihr nachzukäufen, mag es kommen wie es will, ein Stück der deutschen Zukunft und nicht das schlechteste liegt, wenn auch in neuer Form und in neuem Geist, in alter Vergangenheit.

Sehr weit hat sich mein Vater schon nicht eingelassen mit dem Geist der Entwurzelung, als er aus dem Dorf ins kleine Städtchen zog, darin ich den ersten Tag des Lebens schaute. Denn wo auf lebendigen Bürger tausend Panzer kommen, da klappt der Sturm noch nicht im Holz. Da ging man nicht bei der Natur zu Sonntagabenden, wie bei einer guten alten Tante. Mein die Natur hielt das kleine Fest bei Sonn- und Sternenschein mit vollen Armen an ihren Brüsten, und ihre Hochzeitsfeier im Frühling, ihre Sommertracht, ihr perlender Segen in den Felsen des Herbst, alles das waren auch andere Feste. Groß und Klein, Arm und Reich, was da lachte und meinte in den hochgehenden Häusern und engen Straßen, war eingewoben in den großen Gleichschritt der fallenden und steigenden Fruchtbarkeit, von den roten Kirichen an über die schmale Fenst, über höhere Gärten, über bitter duftendes Hopfenzoffen; und süßes Weintrotten bis zu den letzten in der heißen Wärme auf den abgeernteten Feldern gebatenden Erdäpfeln. Der Handel und Wandel wohlhabender Bürger, die noch etwas von Trotz der einseitigen Reichthümer und alter Licht- und Bierigkeit hinter den Stirnblättern hatten, hob dieses halb-ländliche Leben auf die Stufe eines ersten Gemeinbewusstens, das unter der Führung eines starknervigen und menschenfreundlichen Bäuermeisters wohl ruhte, was es wollte. Das Amts-

und Landesgericht und eine höhere Schule brachte einige felt-same Gestalten in diese Kleinbürgerliche Welt mit Willen oder langen Haaren, oft Ehrfurcht erweckend, oft auch das Gegenteil. Der Marktplatz vereinigte einmal in der Woche die Bauern- weiber in ihrer Tracht mit Eiern, Butter und Gemüse; einmal im Jahr bereite sich darüber hin der farbige Reichtum von Kattun, Seide, Leder, süßen Waffeln und Holztrompeten und von da an bis in die Herrlichkeit von Tausend und eine Nacht war es für Kinderhergen nicht mehr weh. Einmal im Jahr aber verwandelte der Fronleichnamstag die feinerne Nüchternheit in einen Blumenparade mit brandenden Altären, springenden Brunnen, sanften Heiligenschildern, und das Wasser war durch Luft geschnittenen Duchs und Rosenblätter zu einem weichen Teppich geworden. Leben und Sterben vollzog sich unter aller Augen und nicht nur in den Anzeigen des Wochenblattes. Die lieben kleinen Büchel aus zartem Menschenfleisch wurden nicht gleich nach ihrem Erscheinen in törichtem Insektentanz mit samt den unterschiedenen Eltern der Nächlichkeit preisgegeben, sondern unter lustigen, schön gehaltenen Feden mit dem stolzen Gefolge der Paten zur Taufe getragen. Die Toten aber schleppte man nicht in einem scheuen Totenwagen zwischen Tag und Dunkel wie Geächte auf Umwegen ins Beidenhaus, sondern in würdigem Schritt folgten ihnen im hellen Tageslicht die Leidtragenden und Freunde durch die Straßen bis zum Gottesacker. Auf dem Bod des Wagens aber lag immer mit einem Schiffsput etwas schief über dem Schädel mein Vate Konstantin Unheilbar.

Er war auch einer der tausend Landwirte im Städtchen nur sehr von Ferne bemand. Hat hätte es ihn geblüht, daß er mich nur wenige Monate nach der Taufe mit samt der Mutter in der Reichsstraße des Todes hätte fahren müssen. Die schwarzen Blatten waren als bitteres Kriegsgefolge über den Rhein gedrungen, und als die Wälder hinter der alten Stadtmauer Victoria kackten über den Fall von Paris, da rang mein Vater heimlich mit dem Knotenmann um seine Frau und seinen Jungten. Mit seiner Hilfe haben wir gefiegt, die Mutter und ich. Nur ein Schwarm merkwürdiger wetter Grünchen über Rafe und Wangen sind der Mutter und mir geliebten als Andenken an den ersten Streit verblieben.

Die Narben im Gesicht standen meinem Kindesglück nicht im Wege. Ich bin mit dem Geschwistern in die katholische, mit der Mutter in die evangelische Kirche gegangen. Mein Herz gab sich so gern an die prächtige Würde des Hochamts mit ihren tiefschönen Weibrauchwolken, wie an die schlichte starke Kraft der Reformationslieder, die zusammen mit dem brausenden Orgelklang die tolle Kirche wie mit einem Sturm erfüllten. Nie

habe ich den Vater oder die Mutter streiten gehört, am wenigsten über das Kirchengeschehen oder Velen. Das Unglück fing erst in der Schule an. Der WC-Karren ist ein böses Fuhrwerk für kleine Menschen, die unter dem Verhängnis stehen, die Welt für schön und die Menschen für gut zu halten. Einer Jorelle ist es nicht wohl, wenn man sie in einen Reimenweiser setzt. Sie will helle, kalte Wiesenbäche. Aber droben im Ried kam ich immer wieder an die Quellen.

Nun seufzt eine Unabige: „Ach, die Quellen!“ und denkt an Gefühlsbolles.

Die Quellen des Bauerntums sind aber nicht etwa Tränherzigkeit, Gelumt und Freigebigkeit. Die Natur lüftet die Menschenseele nicht wie ein Filter. Das meinen nur die Großfäbter im Norden, die sich von oberbayerischen Schuhplattlern süddeutsches Gemüt vorspielen lassen, um zehn Mark in der ersten Streihe. Es gibt keine härteren Herzen, als die der Bauern, und ihre Spässe haben starke Widerhaken. Aber sie sind dem großen Walten Gottes in den Orgelfugen der Wälder, den fliegenden Samenwolken der Lehrenfelder, den rauschenden nur weil dieses Leben ihnen die Sadel und die Scheunen füllt, sondern weil sie mitten im Schaffen und Schinden die eigene Kleinheit vor den Naturgewalten empfinden und darüber hinaus in einer ehrlichen, schwerbeherrschenden Schnujdt die schwierigen Hände über ihr irdisches Menschenhöfchal zum Himmel hinaufführen. Weil ihnen drum die Symbole des Ewiges nicht so fremd sind, wie den Menschen zwischen den hohen Steinmauern, hat es oft ein von feinen Ant nicht beschwerter, wein-trüblicher Seelforger auf dem Lande leichter, seine Verbe immer wieder an die Quelle zu führen, als ein halber oder ganzer Feiliger mit seiner Gemeinbe in der Großstadt.

Und dann noch eins, was zu den einfachen Dingen unserer Wirren Welt gehört:

Der zur Erde niederrinnende Schweiß des Angstschichts kommt dem Bauern aus dem Boden in tausendfältigen Gestalten wieder, darüber er die Schöpferfreude eines Gefellen des Herrgotts spüren kann, in Äpfeln, Birnen und Honigwablen und runden Käsekräutern und Speckseiten und Weinfässern und Kirchwafferguttern. Dem Industriearbeiter aber fließt das Stück Holz oder Stahl, das er formt, feilt, glättet oder bohrt, wie ein Fremdes aus der Hand. Es ist ein kleiner Teil zu einem ihm unbekanntem Großen. Er geht tausendmal an ihm vorbei, immer wieder ein anderes Stück in der gleichen Form. Und wenn er es zur nächsten Werkbank weitergegeben hat, sieht er es nie wieder. Das Geld am Zahltag aber ist rund und kalt. Dort ist Kraft und Schöpferfreude hier Freudlosigkeit und Enttee-

Daltung in den Kapp-Tagen anreisen, so greifen sie damit ihre eigenen Führer wie Ruch an, die damals restlos hinter Regien gestanden haben.

Mörsch, 30. Dez. Am 31. Dez., Silvester, 7 Uhr abends, findet im Saale zum „Löwen“ die Jahreswendefeier der sozialdemokratischen Partei statt. Die Parteigenossen nebst ihren Familienangehörigen sowie die Parteifreunde und Gewerkschaftsmitglieder sind zu dieser Veranstaltung eingeladen und werden um zahlreichste Teilnahme erlucht.

Wörschingen, 30. Dez. Morgen Freitag abend, 31. ds. Ms., findet im Gasthaus „zum Lamm“ eine öffentliche Versammlung statt, in der Herr Hauptlehrer Maier aus Weingarten über Schulfragen sprechen wird. Die gesamte Bevölkerung ist zu dieser Versammlung eingeladen. Nicht der Genossen und Volkstreuender ist es vor allem, vollzählig zu erscheinen.

Soziale Rundschau

Schiedspruch im Mühlenwerke

Der Schlichtungsausschuss Offenburg hat folgenden Schiedspruch für die mittelbadische Mühlenmüllerei gefällt: Die Mittelbad. Müllervereingung ist verpflichtet: 1. Ihren beschäftigten Müllern für die normale Stündliche Arbeitszeit ab 1. Dezember 1920 einen Wochenlohn von 220 M zu bezahlen. 2. Für Vertagsüberstunden einen Zuschlag von 25 %, für Sonn- und Feiertagsarbeit einen solchen von 50 % auf den durch 48 geteilten Wochenlohn zu bezahlen. 3. Für freie Verpflegung wird pro Tag ein Betrag von 10 M in Anrechnung gebracht. Die Gewährung von Trinkgeldern ist dem freien Ermessen der Kunden zu überlassen.

Gemeindepolitik

Bürgermeisterkrise in Durmersheim

1. Durmersheim, 28. Dez. Am 22. Dezember fand eine Bürgerausschussung statt, die sich nur mit einem Punkt zu befassen hatte: Die Dienstführung des Bürgermeisters Peter. Wie bekannt, wurde Bürgermeister Peter am 17. Juli vom gesamten Bürgerausschuss ein Misstrauensvotum ausgesprochen. Der Grund war, weil er eine Nebenklasse von Geldern für Lebensmittel vom Kommunalverband führte, die in seiner Kassenführung eine heillose Unordnung hatte. Das Bezirksamt hat Herr Bürgermeister Peter bereits im Februar aufgefordert, eine Abrechnung über seine Kassenverwaltung vorzulegen. Trotz wiederholter Aufforderung hat Herr Peter seiner Verpflichtung nicht nach. Am 9. Juli erschien unerwartet ein Vertreter des Bezirksamts und fand die Kasse noch in größter Unordnung. Die Geschäftsbücher und Belege wurden hierauf vom Bezirksamts eingezogen. Nach 5 Monaten ist jetzt der Gemeindevorstand der endgültige Bescheid zugegangen. Das Gutachten des Bezirksamts geht dahin, daß der Bürgermeister Peter nicht nachweisbar ist, daß er sich Verfehlungen hat zu schulden kommen lassen. Es ist auch nicht nachweisbar, daß er die Kassengelder zu unrecht verwaltet hat. Es wurde aber festgestellt, daß große Vernachlässigungen vorliegen. Die Bürgerausschussung sollte nun darüber entscheiden, ob Bürgermeister Peter sein Amt weiter versehen soll oder nicht. Vor der Abstimmung stellten die Demokraten mit Unterstützung des Zentrums folgenden Antrag: Herr Peter wird als Bürgermeister anerkannt, jedoch möge er sich beurlauben lassen bis zum 5. Januar 1921, wo seine Dienstzeit abgelaufen ist. Dieser Antrag wurde mit 33 Stimmen angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte es ab, Herrn Peter weiter in seinem Amte als Bürgermeister anzuerkennen.

Der Militärverein auf Schleibwegen

Wiskreier, 28. Dez. Wie wir durch Zufall erfahren, ist von dem von früher her bekannten, hurradpatriotischen Militärverein beabsichtigt, am Silvesterabend eine Kriegerehemtehrfeier abzuhalten; natürlich auf Kosten der Gemeindekasse. Der wahre Zweck der Feier ist, die schon seit über zwei Jahren aus dem Kriege heimgekehrten für den Verein einzulassen. Einen anderen Zweck kann diese Sache nicht haben; denn warum denkt man gerade jetzt an eine solche Veranstaltung, wo der Militärverein wieder belebt werden soll? Bei allen bis jetzt gestellten sozialen Anträgen, wie Einführung der Lehr- und Lernmittelfreiheit, Keltereinrichtung, Wasserleitung, Errichtung von Wohnungen zur Linderung der Wohnungsnot und sonst noch vielen, konnte bis jetzt nichts erreicht werden — wegen Mangel an Mitteln. An einer Kriegerehemtehrfeier auf Kosten der Gemeindekasse zu Gunsten des Militärvereins sollen nun auf einmal Mittel vorhanden sein. Wir meinen, daß über solche Ausgaben auch noch der Bürgerausschuss zu befinden hat. Die Macher dieser Feier sind der Bürgermeister als Vorsitzender und Herr Hauptlehrer Dehler, die nebenbei noch für ihre dekadenzionalen Absichten Geschäfte machen möchten. Wir warnen die hiesigen Arbeiter, sich einzulassen zu lassen, denn es wäre ihr eigener Schaden. Gerade Herr Dehler ist einer von denen, denen das plötzliche Kriegsende heute noch schwer im Magen liegt, weil sie um die fällige Abrechnung gekommen sind. Die immer wiederholten aufreizenden Bemerkungen den Schülern gegenüber, die bis Einplanung von Hof und Revanche gegenüber Frankreich und seiner Verbündeten betreffen, lassen dies klar erkennen. Nach Ansicht dieses Herrn sind die Gegner des Militärvereins die Schuldigen an dem jähen Kriegsende. Wenn Herr Dehler meint, daß jeder Krieger dem Militärverein angehören müsse, so glauben wir doch demgegenüber feststellen zu müssen, daß die Krieger, welche als wirkliche Krieger anzuspüren sind, also nicht diejenigen, welche in zweiter und dritter Classe ebenill. als Offiziersburche es sich wohl sein ließen, anderer Ansicht sind, und gerne darauf verzichten, an all-

lung. Sie: sprudeln die Quellen, und hier dehnen sich die Verleiderinnen der Quellen. In diesen spröden Riffen und Rinne des einseitigen Tagewerks der Großstadtarbeiter ist aber im letzten halben Jahrhundert so viel Lebensfreude und Daseinsmut verschwunden, wie lebendiges Menschenblut in der Erde in den Kriegsjahren. Das eine geht auf die Dauer so wenig wie das andere. Nur wenige scharfe Augen und weite Herzen sehen den Maschinenort der Seele, den Laufende auch im Frieden sterben und rufen die Quellen dagegen zu Hilfe. Diejem Sterben zu wehren, tut so schwer Not, wie dem Tod zu wehren, der Deutschland droht.

Es ist da ein Wunder, daß einer, der die Hände an die Flugblätter auf dem Vaterfeld der neuen Zeit gelegt hat, sich dankbaren Auges zurückwendet nach der Scholle, die ihn gebar? Anton Friedrich.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Intendantenwechsel in Freiburg? Unter dieser Ueberschrift taucht die „Badische Presse“ mit, daß auch in der Leitung des Freiburger Stadttheaters bedeutsame Veränderungen bevorzugen sollen. Intendant Schwanitzge sei kurz vor den Ferien wegen nach Vorlage eines ärztlichen Attestes, das eine vierwöchige Erholungszeit für ihn verlange, in Urlaub gegangen. Voraus gingen schwere Konflikte mit dem künstlerischen und technischen Personal, die zu einer gegenfeitigen Entlassung nicht führen konnten. Die Städtische Theaterkommission bezieht gegenwärtig über die Frage und werde in der nächsten Zeit weitere Entscheidungen treffen.

Ein Lehrbücherleihen. Der Allg. Studentenausschuss an der Heidelberger Universität hat beschlossen, ein Lehrbücherleihen ein-

den Kammer und das Glend erinnert zu werden, wie Herr Dehler sich das vielleicht einbildet.

Es ist sehr schlecht angebracht, die kaum vernarbten Wunden der Kriegshinterbliebenen durch solche öffentliche Feiern wieder aufzureißen, viel vernünftiger wäre es, sich dieser Armen in Dankbarkeit zu erinnern und für sie etwas zu tun. Solche Gedankens können allerdings in einem Militärverein wie der hiesige nicht aufkommen, zumal mit einem Vorsitzenden, wie unser Bürgermeister, der weder für die Kriegshinterbliebenen, noch für die Kriegsbeschädigten etwas übrig hatte. Die Arbeiter verbitten sich, daß mit ihrem Gelde einige Freiherren und Militärvereinsagitatoren es sich gemütlich machen. Die Veranlagung des steuerfreien Einkommens zur Gemeindeabgabe, die ausschließlich die Arbeiterklasse treffen wird, wird die Gemeindebehörde in den nächsten Tagen beschließen, da der Vorschlag zurückgewiesen wurde, weil die Staatsgenehmigung zur Erhöhung des Umlagefußes auf 150 M für Liegenschaften verweigert wurde. Angehört folcher neuer Belastung ist es unerhört, wenn die Gemeindeverwaltung für solche unsinnige Zwecke Geld ausgeben will.

r. Ettlingenweiler, 28. Dez. Aus dem Bürgerausschuss. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Bürgermeister das Ergebnis der Sammlung für die deutsche Kinderhilfe, die 125 M ergab, bekannt. — Auf die Eingabe des sozialdemokratischen Wahlvereins betr. Auszahlung des Einquartierungsgeldes wurde baldigste Erledigung zugesagt. Ferner wurde eine Eingabe der Schulreinigungsfrau um Erhöhung ihrer Vergütung, sowie der Abschluß eines Milchlieferungsvertrages mit der Stadt Ettlingen bekannt gegeben. — Auch der Humor kam zu seinem Recht. Der Bürgermeister gab nämlich eine Anklage schrift der Bürgervereingung gegen unsere Genossen Waldenmaier und den sozialdemokratischen Wahlverein bekannt. Gen. Waldenmaier sollte nämlich in einer Sitzung, die wegen der Regelung der Gemeindebeamtenbesoldung stattfand, die Mitglieder der Bürgervereingung dadurch beleidigt haben, daß er ihr Verhalten in dieser Angelegenheit als die Gemeinde schädlich bezeichnete. Die Bürgerpartei — (lies: Zentrum), bei der sich übrigens leider eine ganze Anzahl freigeistlich-organisierte Arbeiter befindet — verlangte, daß Gen. Waldenmaier die „schwere Beleidigung“ vor demselben Bürgerausschuss zurücknehmen sollte, widrigenfalls ihre Mitglieder sich an der Abstimmung nicht beteiligen könnten. Gemeindevater Gen. Stahl gab ihnen die nötige Antwort, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. „Wir ten uns oisak beleidigt gefühlt.“ — Nachdem Gen. Waldenmaier seinen Standpunkt nochmals festgelegt hatte, erklärte der Vorsitzende, in dieser Meueuerung seine Beleidigung erwidern zu können und mußten sich die Herren mit dieser Erklärung abfinden. Scheinbar diene das ganze Mandat nur dazu, die Klamage zu beenden, die sich diese Herren in der Besoldungsfrage zugezogen hatten. — Bei Punkt 1 wurden die von der Kommission vorgelegenen Beschalter der Gemeindebeamten einstimmig angenommen. Punkt 2 betraf Einführung einer örtlichen Luftarbeitssteuer; auch diese fand Annahme. Bei Punkt „Verchiebendes“ wurde unerserterts angeregt, in Zukunft die Vorwahlsliste für Gewählte und Schöffen etwas reichhaltiger zu gestalten. Hoffentlich wird diesem Wunsch Rechnung getragen.

m. Ettlingenweiler, 28. Dez. Heute abend strahlte unser Ort zum ersten Mal im Glanze des elektrischen Lichtes — wir hätten nur den Wunsch, daß dieselbe Hellheit auch in den Köpfen so mancher Mitbürger endlich einziehen möchte.

Jugend und Sport

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein

Spieler am Sonntag, den 2. Januar
Klasse A: Ettlingen-Stein in Ettlingen, Arbeiter-Sport-Verein Karlsruhe-Förzheim in Durlach, Au-Gröbigen in Au, Durmersheim-Hagsfeld in Durmersheim, Fr. L. Karlsruhe-Singen in Karlsruhe.
Klasse B: Eggenstein-Bruchsal in Eggenstein, Bretten-Liedelsheim in Bretten, Spöck-Müppurr in Spöck, Hohenwettersbach-Wolfsweiler in Hohenwettersbach.
Nachdem jedes Spielverloren und Schiedsrichter zur Pflicht, die Resultate sofort an mich einzusenden. Der Bezirksspielleiter.

Aus dem Lande

Sulzfeld, 29. Dez. Das „Bretener Tagblatt“ bringt folgende Meldung seines Korrespondenten von hier: Der hiesigen Gendarmerie ist es nach mehrjährigen großen Anstrengungen gelungen, einen seit einigen Tagen sich in der hiesigen Gegend herumtreibenden Mann zu verhaften, der mit dem Mörder des Säwannenwirts Solzmaier aus Oberwiesheim identisch sein soll. Der Verhaftete ist der im Jahre 1893 in Ludwigshafen a. Rh. geborene Dienstmagd August Dehler. Er befand sich im Augenblick seiner Verhaftung, die in Kirchbach erfolgte, in sehr verworrenem Zustand. Dehler leugnete bis jetzt hartnäckig, die Tat begangen zu haben; sein Signalement stimmt jedoch sehr auffallend mit demjenigen des von der Staatsanwaltschaft ausgeschrieben Mörders überein. Der Verhaftete wurde zunächst nach dem Amtsgefängnis in Eppingen verbracht, von wo aus sein Weitertransport nach Karlsruhe erfolgen wird.

Heidelberg, 29. Dez. Der Vorstand der Vereinigung nicht-planmäßiger Dozenten richtet in der Angelegenheit des Privatdozenten Dr. Ruge an den Engeren Senat der Universität Heidelberg nachstehendes Schreiben: „Angehört des Verhaltens zurückzuziehen. Dieses verfolgt den Zweck, minderbemittelten Studenten ein gründliches Studium ohne eigene Lehrbücher, deren Anschaffung für die weniger gut situierten Studierenden heute gerade eine Unmöglichkeit ist, zu ermöglichen. Die Kosten der Einrichtung des Lehrbüchereisamts werden auf 60 000 M geschätzt. Man hofft, daß Staat und Stadt Zuschüsse geben.“

Heidelberg als die Vaterstadt des geschichtlichen Dr. Faust weiß Prof. Dr. Hofmann auf Grund eingehender Nachforschungen im Dezemberheft des „Schwäbischen Bundes“ nach. Und zwar geht aus den Einträgen in den Heidelberg Universitätsmatrikeln unmissverständlich hervor, daß der bürgerliche Name Fausts Dr. Georg Selmsleiter aus Heidelberg lautete und daß er sich erst später nach Humanisierat unter Weglassung seines Familiennamens Dr. Georg Faust nannte. Unter diesem Namen wurde er am 9. Januar 1483 in Heidelberg als Studierender eingeschrieben, wo er 1487 als zweiter unter zehn seine Doktorprüfung bestand. Bis zum Frühjahr 1489 dauerte dieses Dr. Georg Selmsleiters ständiger Aufenthalt in der Neckarstadt; ob er noch darüber hinaus dort verblieb, läßt sich nicht feststellen. Da nach dem Einwohnerverzeichnis vom Jahre 1488 sein Vater vermutlich schon tot oder wenigstens nicht mehr ortsaufwendend war, mo er dann die Stadt mit dem Bewußtsein, daß sein Prospekt in seinem Vaterlande gilt, in die Welt hinausgegangen sein. Dort traf ihn dann der Abt Trithem achtzehn Jahre später als „Georgius Eubellius Faustus univ.“, und 1520 ist er am Hofe des hiesigen Fürstbischofs Georg von Ransberg unter dem Namen „Doctor Faustus philosophus“. Im des Jahre 1540 (Zimmerische Chronik S. 329) ist der Faustus zu oder doch mit weit von Starben, dem Stettlein im Breisgau gebürtig. In badischen Landen waren somit Wiege und Grab des geschichtlichen Dr. Faust.

des Herrn Dr. Ruge empfinden wir das Bedürfnis, dem Engeren Senat folgende Erklärung abzugeben: Wie lehnen den Vorwurf der Ehelosigkeit, den er gegen nicht für ihn einsetzende Unberühmte erhebt, aufs nachdrücklichste ab. Wir beurteilen im Gegenteil sein Verhalten als schwersten Vorstoß gegen akademischen und persönlichen Anstand und bitten deshalb den Senat, da für Sorge tragen zu wollen, daß Herrn Dr. Ruge die weitere Führung der noch immer von ihm angemaßten Bezeichnung „Privatdozent an der Universität Heidelberg“ unmöglich gemacht wird.“

Mannheim, 29. Dez. In dem Stur eines hiesigen Hauses wurde gestern ein Kontoristin von 2 unbekannten Burtschen überfallen, zu Boden geworfen und ihr eine Lebertasche mit 6000 M Inhalt gestohlen. Für die Wiederbeibringung des Geldes ist eine Belohnung von 2000 M ausgesetzt.

Mannheim, 28. Dez. Wie der Polizeibericht meldet, wurde an einem der letzten Abende ein 50jähriger Dreher von dem ledigen Tagelöhner Georg Inhofer in seiner Wohnung überfallen und gewürgt. Der Räuber entwendete dem Ueberfallenen während des Handgemenges einen Geldbeutel. — Das 1 1/2 Jahre alte Kind eines Tagelöhners fiel in der Küche der elterlichen Wohnung in eine Schüssel mit siedender Farbrühre und erlitt so schwere Verletzungen, daß es starb.

Bernau, 29. Dez. Die Leiche der vor 1 1/2 Jahren verstorbenen ersten Ehefrau des Giftmörders W. Köpfer wurde durch Gerichtsärzte geöffnet, da man annimmt, daß Köpfer auch seine erste Frau, die verhältnismäßig reich war, vergiftet hat. Verschiedene innere Körperteile wurden zur weiteren Untersuchung nach Freiburg geschickt. Wie verchiedentlich berichtet wird, soll Köpfer in Basel verhaftet worden sein, doch liegt eine Befähigung noch nicht vor.

Freiburg, 29. Dez. Der unter dem Verdachte des Raubmordes an dem Kaufmann Grünwald aus Frankfurt stehende Jakob Härtlein aus Bodorf in Wapern ist in Freiburg verhaftet worden. Er soll bereits ein Geständnis abgelegt haben. Danach hatte Grünwald bei seiner Ermordung 700 M bei sich, die ihm von Härtlein abgenommen wurden.

Schopfheim, 29. Dez. Ueber die Erschießung des Jagdaufsehers Schaubhut von Wiesch wird noch berichtet, daß Schaubhut von den Wilderern nicht etwa in Abwehr eines Angriffes erschossen wurde, sondern ohne jeden Anlaß aus dem Hinterhalt niedergeschossen wurde. Er war zwischen Waulburg und Wieselau auf der Fuchsjagd. Auf einer Wühlung jagt er einen Meersch und hatte das Geheiß kaum umgehängt, als er aus dem Wald heraus einen Schuß in die rechte Seite erhielt, der die Lunge durchbohrte. Wie das „Wörggräfer Tagblatt“ weiter berichtet, sah Schaubhut noch, daß es sich um zwei Wilderer handelte. Am Krankenhause ist er jetzt seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Angeschuldigte hat den Feldzug mitgemacht, war mehrere Male verwundet worden und hatte zuletzt noch eine schwere Gasvergiftung erlitten. Erst ein Jahr lang war er verurteilt.

Wiesbaden, 29. Dez. Ein schwerer Raub und Mordversuch ist am 2. Weihnachtstages in Raubertal unternommen worden. Eine Rote von fünf Burtschen drang, während die meisten Bewohner beim Gottesdienst waren, in die Reisenbacher Mühle bei Gamburg ein und verlangten von dem Besitzer unter Bedrohung mit dem Leben das im Haus vorhandene Geld. Als der Besitzer sich weigerte, Geld herzugeben, schossen die Eindringlinge auf ihn und verletzten ihn durch 5 Revolverkugeln schwer. Der 13jährige Sohn des Besitzers war inzwischen durch eine Hintertür in den Ort geflücht und wurde in die Hände gefasst. Er ist noch nicht bekannt. Man vermutet, daß die Burtschen aus Würzburg sind.

Radolfzell, 28. Dez. Der Untersee hat gegenwärtig einen Tiefstand erreicht, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Am 23. Dezember zeigte der Unterseepegel in Radolfzell 265, das bedeutele gegenüber dem Monat November eine Abnahme von 80 Zentimeter. Den höchsten Wasserstand in diesem Jahre zeigte der Untersee am 2. Juni mit 516.

Konstanz, 28. Dez. Am 3. Januar wird hier die Flugpostverbindung nach Stuttgart eröffnet werden. Der Flugplan ist vorläufig wie folgt festgesetzt: ab Stuttgart 11.15 Uhr vormittags, Ankunft in Konstanz 12.30 Uhr; ab Konstanz 12.45 Uhr und Stuttgart an 2 Uhr.

Konstanz, 28. Dez. Für die Kinderhilfe sind hier rund 44 000 M gesammelt worden.

Leopoldsdorfe, 28. Dez. Hier wurden von der Ueberwachungsstelle für Ein- und Ausfuhr 10 Doppelcentner Auslandsmehl beschlagnahmt, für die der amtliche Nachweis über berechtigte Zufuhr fehlte. Die Sendung stammte aus Stuttgart und war an einen Geschäftsmann in Randerb gerichtet. dessen Betrieb vor etwa 8 Wochen geschlossen wurde, weil man festgestellt, daß Weismehl auf illegitime Art verhandelt wurde.

Gustav Hoff, der Mäthner

Die Strafkammer in Rostock beurteilte den Direktor des landw. Lagerhauses Gustav Hoff aus Tauberscheidtsheim wegen mehrfacher Schöpferpreisübereidung und gemeinheitsmäßigen Vergehens gegen die Reichsgereidordnung und wegen falschfälligen Vergehens gegen die Reichsgereidordnung und unweigerter Kartoffelveräußerung zu einer Gesamtstrafe von 67 000 M. Der Direktor der Nährmittelfabrik in Hardheim, Th. Pöfker, und der Direktor Reglein in Hardheim wurden wegen Beihilfe zur Schöpferpreisübereidung und zum Vergehens gegen die Reichsgereidordnung zu je 5000 M Geldstrafe verurteilt. Fridolin Endreß aus Großrinderfeld wurde wegen Vergehens gegen die Reichsgereidordnung und unweigerter Abgabe von Kartoffeln zu 12 000 M Geldstrafe verurteilt. Das Lagerhaus zu Tauberscheidtsheim hatte Gerste in Bayern aufgekauft und in den Fabriken zu Hardheim als Nährmittel verarbeiten lassen und den Kommunalveränden zur Verfügung gestellt.

Der „Badische Beobachter“ berichtet eingehend über die interessante Verhandlung, wobei er ein Loblied auf den „Wahlhüter Hoff“ anstimmte. Doch hing das Lied vom traben Mann, der, wie der Staatsanwalt selbst zugestehen mußte, kein Gleichhändler in gewöhnlichem Sinne gewesen war. Ein ergreifender Augenblick war es nach dem „B. B.“, als der „Reinigungs-punkt“ Hoff sich erhob, und um ein mildes Urteil bat, sonst müßte er, der „verhältnismäßig“ arme Mann, mit seinen 10 Kindern wandern gehen. Mäthig ist es nach dem „B. B.“, daß das Gericht nicht auf Gefängnisstrafe erkannte, sondern den „Unschuldigen“ nur zu 67 000 M Geldstrafe wegen Preissteigerung und Schleichhandels verurteilte. Der Beobachter schlichte seinen salbungsvollen Artikel mit den Worten: „Daß Hoff nicht unbestraft bleiben könne, war vorauszusetzen. Wir haben ein Gesetz und das Gesetz ist heilig. So ist Hoff ein Opfer geworden von Gesetz und Verordnungen, die zwar da waren, aber kaum gehalten werden konnten bei dem komplizierten Wirtschaftslieben einer wirren Zeit. Was er tat war gut, so sagt unser Empfinden, aber es war gegen das Gesetz, das auch gut gemeint, aber schon durchlöchert war im Tage seiner Geburt. So ging Hoff formell als Gesetzesübertreter aus dem Prozeß hervor — darüber werden sich seine Feinde nicht ganz freuen können — moralisch war er aber Sieger. So darf ihn die Gerechtigkeit ansehen.“

So darf sie. Ob sie oder nicht ist eine andere Sache. Der gesunde Menschenverstand sagt einem etwas anderes. Halbwegs vernünftige Menschen werden sich die Meinung des „B. B.“ nicht einfach anerkennen lassen und sich ihr anschließen, selbst wenn nun noch nach der Richtung und der Aufsicht der Zentral-Landw. Lagerhäuser in Tauberscheidtsheim zu Hilfe eilen und erklären, „man habe sich überzeugt, daß die Rejustierung und Ergebnisse des Prozesses gegen Direktor Hoff in keiner Weise die Ehre und die Ungeheuerlichkeit des Direktors Hoff betrifft haben und deshalb dem Direktor Hoff und seiner Geschäftsführung das volle Vertrauen auszusprechen zu müssen glaubt.“

den G...
miffa...
zugege...
werde...
hende...
nlan...
auf d...
Grenz...
hat w...
steram...
die W...
nung...
nung...
Er...
schen G...
soume...
Ronald...
Die ich...
Der Ni...
auf 1...
Wenig...
schweiz...
ung d...
Strenge...
geführt...
Die...
abteilu...
sammen...
seit dem...
von Ba...
neue W...
Louisen...
der Ju...
aber da...
in diese...
hot erla...
ten Bel...
*...
dent du...
Dr. (1820)...
rechtsps...
53 Jahr...
Sandtag...
meinem...
schrift e...
tungsge...
gangen...
sowie d...
berg un...
Ber...
berbande...
„Allen...
sichen U...
beterjug...
genoffim...
end des...
lung der...
Besti...
Zähring...
der Gen...
Schidals...
em U...
sich die...
Sartrege...
freundlic...
m. N...
wadem...
Schwan...
wird über...
jorden d...
erföhnen...
Besti...
im „Kar...
Zähr...
siet ein...
zweifel...
Abwidm...
Wib...
Die...
schon dar...
abends 8...
soal hat...
„Einflü...
„Algeme...
tlicher...
kären...
Parteilos...
lung und...
Die Ve...
Die Ver...
berufen...
nennen...
nahm ein...
raten der...
siche Aus...
die Mittel...
des Part...
mühander...
nach jeder...
faunt, da...
begrißt...
Plattes...
zugefürt...
wird. Wie...
abend ge...
richt ausbl...
Belann...
interer...
Guthe...
der W...
an, daß...
sien ein...
zugegeben...
schlich m...
daß alle...
nen. Dar...
wieder ein...
caation

Von der Schweizer Grenze. Den Bürgermeisterämtern in den Grenzgemeinden ist von dem Beauftragten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung ein Rundschreiben zugegangen, in dem sie auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden, daß deutsche Kaufleute ihre Waren ohne den entsprechenden Auslandszoll abgeben oder so viel abgeben, daß die inländische Konkurrenz nicht befriedigt werden kann. Es wird auf die Klagen verwiesen, daß die Inlandsindustrie von den Grenzgeschäften mit Sammelausfuhrbewilligungen vernachlässigt werde oder zu hohe Preise zahlen müsse. Die Bürgermeisterämter werden aufgefordert, diejenigen Geschäfte anzugeben, die die Inlandsinteressen verletzen, damit der gereizten Stimmung der Bevölkerung durch entsprechende Maßnahmen Rechnung getragen werden kann.

Erleichterungen im Grenzverkehr. Für den schweizerisch-deutschen Grenzverkehr zwischen Basel und Straßburg wurde ein Abkommen getroffen, wonach verkehrsweise für die Dauer von zwei Monaten eine Passierkarte an Stelle des Passes eingeführt wird. Die schweizerische Passierkarte wird von den Schweizern aufgrund der Niederlassungsbewilligung gegen eine Gebühr von 2 Fr. und auf 1 Jahr Gültigkeit ausgestellt und wird von den deutschen Grenzbehörden gegenseitig anerkannt. Die deutsche Karte ist grün, die schweizerische rot. Benutzt man die Karte, so wird laut Meldung der Telegraphenunion die Passierkarte für den kleinen Grenzverkehr auf der ganzen schweizerisch-badischen Grenze eingeführt.

Die Ausfuhr von Papier- und Bijouteriewaren. Die Presseabteilung im Ministerium des Innern teilt mit: Es wird zusammenfassend darauf hingewiesen, daß die gesamte deutsche Ausfuhr von Papier- und Bijouteriewaren aufgehoben ist, daß also wieder neue Bewilligungen erteilt werden und die bisher noch nicht abgelaufenen weiter benutzt werden können. Deutscherseits ist also der Zustand vor dem 12. Dez. 1920 wieder hergestellt. Es ist aber dabei für die Interessenten beachtenswert, daß die Schweiz in diesen Tagen für die bisher gesperrten Waren ein Einfuhrverbot erlassen hat mit Ausnahme derjenigen, die schon in der letzten Bekanntmachung näher bezeichnet sind.

Zur Reform der inneren Verwaltung. nimmt der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes in Karlsruhe, Geheimrat Dr. Karl Glöckner, im letzten Hefte des 22. Jahrgangs (1920) der Zeitschrift für badische Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege das Wort und wird seinen Aufsatz mit Beginn des 23. Jahrgangs fortsetzen. Da die Frage in Kürze im badischen Landtag zur Sprache kommen wird, dürfte der Aufsatz allgemeinen Interesse begegnen. Die vorliegende Nummer der Zeitschrift enthält gleichzeitig wichtige Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes. Bestellungen auf einzelne Hefte sowie den ganzen Jahrgang nehmen die Buchhandlungen, Buchhändler, sowie der Verlag Adolf Emmerling u. Sohn Raab, in Heidelberg entgegen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 30. Dezember.

Karlsruher Parteinachrichten

Verein Arbeiter-Jugend. Die Jugendabteilung des Zentralverbandes der Angestellten veranstaltet heute abend 7 Uhr in der „Alten Brauerei Kammerer“, Waldhornstraße, einen gemütlichen Unterhaltungsabend, zu dem auch die befreundete Arbeiterjugend eingeladen ist. Die Jugendgenossen und Jugendgenossinnen werden daher ersucht, sich heute abend bei der Jugend des Zentralverbandes einzufinden, eine eigene Veranstaltung der Arbeiter-Jugend im „Gambrius“ findet nicht statt.

Bezirk Müppur. Am Sonntag, abends 7 Uhr, findet im „Bühnenklub“ eine Parteiverammlung statt, in der der Gen. Reichstagsabg. Schöpflin über „Die europäische Schicksalsfrage“ referieren wird. Nach der Versammlung findet ein gemütliches Beisammensein statt unter ges. Mitwirkung des Arbeiter-Sängerbundes. Vollständiges Erscheinen der Parteigenossen und deren Frauen wird erwartet, auch Volksgenossen sind bestens willkommen.

M. Minthem. Wie schon bekannt, findet am Sonntag, 2. Jan. nachm. 1/2 Uhr, eine öffentliche Volksversammlung im Schwannensaal statt. Reichstagsabg. Gen. Schöpflin wird über „Die politische Lage in Deutschland“ referieren. Wir fordern die Bevölkerung, Frauen und Männer, auf, zahlreich zu erscheinen.

Bezirk Daxlanden. Morgen Freitag, abends 7 Uhr, findet im „Karlsruher Hof“ unsere Jahreswendefeier, verbunden mit 23. Jahrestagung, statt. Das abwechslungsreiche Programm bietet einige genussreiche Stunden. Wir laden unsere Parteigenossen sowie Freunde unserer Partei freundlichst ein. Nach Abwicklung des Programms findet Tanz statt.

Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei. Die Parteigenossen und Parteigenossinnen seien heute schon darauf hingewiesen, daß am 13. Januar, Donnerstags, abends 8 Uhr, wieder ein Laube-Vertrag im großen Nathausaal stattfindet. Gen. Laube wird seinen zweiten Vortrag über „Einführung in die Naturwissenschaften“ halten und wird über „Allgemeine Himmelkunde“ sprechen. Eine große Anzahl prächtiger Lichtbilder werden die Ausführungen begleiten und erläutern. Der Eintritt beträgt 1. M. 15 S., Karten sind in den Parteilokalen der einzelnen Bezirke, in der Parteibuchhandlung und in der Expedition des „Volkstreuend“ zu haben.

Die Vertrauensmänner und die Volkstreuend-Agitation. Die Parteileitung hatte noch einmal kurz vor Jahresabschluss die Vertrauensmänner der Partei zu einer Sitzung zusammenberufen, um mit ihnen die Fragen der Werbung neuer Abonnenten für den Volkstreuend zu besprechen. Die Versammlung nahm einen ausgezeichneten Verlauf. Nach eingehenden Referaten der Genossen G. O. C. und Schöpflin fand eine ausführliche Aussprache statt, in der die Genossen ihre Ansichten über die Mittel und Wege äußerten, wie eine größere Verbreitung des Parteiblattes in Arbeiterkreisen zu erreichen sei. Die Bemühungen der Redaktion und des Verlags, den „Volkstreuend“ nach jeder Richtung hin auszubauen, wurden allgemein anerkannt, das neu geschaffene Unterhaltungsblatt wurde besonders begrüßt. Allseits wurde aber auch betont, daß der Ausbau des Blattes nur möglich ist, wenn ihm immer mehr Abonnenten zugeführt werden und dadurch seine Leistungsfähigkeit gehoben wird. Wir sind überzeugt, wenn all die Anregungen, die gestern abend gegeben wurden, befolgt werden, daß der Erfolg auch nicht ausbleiben wird.

Wenn sie unter sich sind...

Bekanntlich ist unsere Sicherheitspolizei eine Einrichtung unserer jetzigen demokratischen Regierung und als solche zum Schutze derselben verpflichtet. Leute mit ehrlichen gesunden Remissiverstand ausgenommen, nehmen nun als selbstverständlich an, daß alle Angehörige dieser Sicherheitspolizei doch mindestens einen kleinen demokratischen Spritzer haben. Es mag zugegeben sein, daß vielleicht eine Anzahl dieser Leute es auch ehrlich mit dem Schutze unserer jetzigen Staatsform meint. Aber daß alle dieses Sinnes sind, wird nicht behauptet werden können. Dafür liefert die Weihnachtsfeier einer Gumbertgesellschaft wieder einen Beweis. Zu dieser Feier fand sich sogar ein wegen reaktionärer Umtriebe entlassener Führer in

Uniform ein und wurde auch anstandslos aufgenommen. Es wirkt daher ein schlechtes Licht auf den demokratischen Geist der Wehr, wenn in Anwesenheit solcher Gäste nachher bei gehobener Stimmung „Deutschland, Deutschland über alles“ angestimmt wird. Trotzdem das Abingen dieses Liedes an und für sich dem heutigen Staat keinen Abbruch tun wird, muß man sich doch gegenwärtigen, daß es das Zielbild der Monarchisten ist und von ihnen auch in Mißbrauch gebracht wurde und daß es weiterhin darauf ankommt, was dem Gefangenen vorgegangen ist und welcher Geist bei der Veranstaltung herrscht.

Daß solche Vorkommnisse nicht dazu beitragen, bei demokratisch denkenden Bürgern der Sicherheitspolizei ein gutes Ansehen zu verschaffen, dürfte den Mannschaften wie Führern der Sicherheitspolizei klar sein.

Valktumer

Die heutige „Frankf. Zig.“, erstes Morgenblatt, berichtet unter obiger Überschrift:

Der „Vorwärts“ veröffentlicht drei Schriftstücke, aus denen hervorgeht, daß es immer noch Leute gibt, die die Erinnerung an das Baltikum-Abenteuer wachhalten suchen. Die Schriftstücke tragen, als ob es sich um eine noch bestehende militärische Formation handelte, den Kopf „Deutsche Legion“ mit den üblichen Abzeichen. In dem einen, vom 1. November 1920 datiert, bescheinigt Hauptmann a. D. Wagener in Karlsruhe dem Unteroffizier Vechold, daß er ein Anrecht auf 80 Morgen Land in Rußland oder irgend einem anderen Gebiet des alten russischen Reiches habe. In dem zweiten bescheinigt er dem Genannten, daß er berechtigt sei, das Erinnerungszeichen der Deutschen Legion zu tragen, und sich durch das Anlegen des Abzeichens verpflichtet, in jeder Lage, und wann es auch sei, für die Ziele der Deutschen Legion einzutreten; Verbreitung deutschen Geistes und deutscher Art, Abwehr jedes Verfalls, gewalttätige die innere Ruhe und Ordnung zu fördern, Bekämpfung des Bolschewismus von innen und außen, Verteidigung der deutschen Einheit und Freiheit. In dem dritten Schriftstück überreicht Hauptmann a. D. Damm die vorgenannte Urkunde und teilt mit, wo das Erinnerungszeichen zu kaufen ist.

Der hier genannte Herr Wagener, Hauptmann a. D., dürfte wohl derselbe „harmlose“ Herr sein, der kürzlich in der Watter-Orgel-Sprechung im Tiergarten-Restaurant eine Rolle gespielt hat und nach kurzer Inhaftierung wieder freigelassen wurde. Daß der Herr auch in Baltikumland und Baltikumernennungszeichen „mad“, zeigt nur, wie vielseitig die Herrschaften sind und welche Zusammenhänge aber auch zwischen den Baltikum- und Orgel-Abenteurern bestehen.

Städtische Straßenbahn

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe ist der neue am 1. Januar zur Einführung gelangende Fahrplan der städtischen Straßenbahn veröffentlicht. Wie hieraus ersichtlich, tritt vom Einführungstag an bezüglich der Linienführung infolge einer Änderung ein, als die Linie 2 nicht mehr, wie bisher, über die Karlsruher und Karl Friedrichstraße verläuft, sondern, vom Schlachthof kommend, am Zuckertor nach der Kapellenstraße abzweigt und, am alten Bahnhof vorbei, über die Kriegsstraße zum Müppur Tor und von hier aus, wie früher, durch die Eilingerstraße zum Hauptbahnhof geleitet wird. Vom Schlachthof kommend, durch vorgenannte Straßenzüge verkehrende, Wagen der Linie 2 fahren nach Ankunft am Hauptbahnhof nicht unmittelbar nach Müppur, sondern führen zunächst als Linie 3 eine Runde im Südviertel (Hauptbahnhof, Karlsruher, Haupt-, Markt-, Alter Bahnhof, Müppurstraße, Hauptbahnhof) aus und werden dann als Linie 2 nach Müppur geleitet. Von Müppur kommend werden die Wagen der Linie 2 verkehren, wie bisher, unter der bekannten Beschilderung nach dem Hauptbahnhof, um von hier aus als Linie 3 eine Schleife im Südviertel Richtung Müppurstraße, Markt-, Haupt-, Hauptbahnhof auszuführen und dann als Linie 2 wieder nach dem Schlachthof zu verkehren. Die Karte der Zeit, von der Genehmigung des Fahrplans ab gerechnet gestaltet sich, besonders Drehvorrichtungen für die Nachfahrennummern durchzuführen. Eine zweckentsprechende Aenderung dieses Notbehelfs ist in Aussicht genommen.

Geschworenen-Liste des Karlsruher Schwurgerichts. Die Schwurgerichtsperiode im ersten Vierteljahre 1921 beginnt am 10. Januar. Zu Geschworenen wurden ausgetost: Moritz Etlinger, Kaufmann in Karlsruhe; Franz Laufenmeier, Landwirt in Müllingen; Johannes Pöppe, Jugendlicher in Karlsruhe; Anton Damm, Landwirt in Wollersbach; Anton Frank, Mühlenbesitzer in Reibheim; Theodor Vacherer, Diener in Forzheim; Gustav Albert Hoffmann, Hotelbesitzer in Baden; Josef Dürr, Goldarbeiter und Gemeinderat in Müllingen; Karl Vitz, Zigarettenfabrikant in Bruchsal; Karl Eißler jun., Goldarbeiter in Dürren; Richard Link, Goldarbeiter in Kieselbrunn; Karl Vallin, Fabrikant in Forzheim; Emil Siegel, Oberleitungsbeamter in Forzheim; Hermann Ziegler, Kolonialwarenhändler in Bruchsal; Adolf Arnold, Professor in Forzheim; Friedrich Wendlin, Gärtnermeister in Durlach; Georg Oherag, Schneidermeister in Bruchsal; Edmund Daif, Schneidermeister in Oberweiskirchen; August Mäcker, Schneidermeister in Baden; Heinrich Kalle, Porzellan in Karlsruhe; Philipp Wagner, Altbürgermeister in Reibheim; Friedrich Guth, Apothekermeister in Karlsruhe; Josef Baum, Landwirt in Reibheim; Emil Bierling, Oberlehrer in Karlsruhe; Ernst Regensburger, Ortsbesitzer in Karlsruhe; Wilhelm Deif, Privatier in Forzheim; Georg Arnbruster, Wäckermeister in Karlsruhe; Viktor Hoffmann, Inhaber einer Kohlenhandlung in Forzheim; Julius Nagel, Schneidermeister in Leopoldsdorf; Georg Leppert, städt. Verwalter in Müllingen.

Wie man sieht, ist auch dieses Mal wiederum die Arbeiterschaft nicht ihrer Stärke entsprechend in der Liste vertreten. Bei der Aufstellung der Geschworenenliste ist scheinbar der vor-novemberliche Modus immer noch maßgebend.

Kinderhilfe. Aus der von dem Papst eingeleiteten Kinderhilfe sind je 10 000 M. den Säuglingsheimen in Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg und Freudenstadt-Konstanz zugewiesen worden zur Beschaffung von Lebens- und Kinderkleidern.

Tanzabend. Unsere Solotänzerin am Landesbühnen-Theater Anna Heuser wird am 5. Januar im Künstlerhausgalerie einen Tanzabend veranstalten. Bei der Beliebtheit, deren sich die Dame bei dem hiesigen Publikum erfreut und des wegen zusammengestellten Programms, wäre ein guter Besuch des Abends zu wünschen. Die Begleitung der Tänze haben Mitglieder des Landesbühnen-Theaters übernommen.

Jugendabteilung des Zentralverbandes der Angestellten. Unsere Weihnachtsfeier findet heute abend 7 1/2 Uhr im Saale der Watter-Kammerer, Waldhornstr., statt. Ein außerordentliches Programm kommt zur Abwicklung. Die Eltern der Jugendlichen, sowie Freunde der Jugendabteilung sind bestens eingeladen.

Re. Viehmarkt Karlsruhe am 27. Dezember. Der Markt war besetzt mit 189 Stück Vieh: 10 Ochsen, 85 Kühe, 51 Lämmer und 73 Schweine. Es wurde bezahlt für das Pfund Lebendgewicht bei Großvieh zwischen 4.20 und 8.00 M. bei

Schweinen zwischen 14.80 und 16.— M. Das Geschäft ging schleppend. Trotzdem die Zufuhr verhältnismäßig nicht so stark war, wurde der Markt nicht geräumt.

Städt. Handelsschule. Der Unterrichtsbetrieb in den freiwilligen Nachkursen wird am 7. Januar wieder aufgenommen. Im Lehrplan dieser Schulabteilung erscheint neu die russische Sprache. Der Unterricht wird von einer deutsch-russischen Lehrerin erteilt. Die Direktion erteilt jede nähere Auskunft. Man beachte die Anzeige.

Der Weihnachtsbank des Tapeziermeisters. Herr Tapeziermeister J. Stiel schreibt uns: „Zu Ihrer Zufriedenheit des „Verbands der Sattler“ in Nr. 800 des „Volkstreuend“ vom 24. Dezember ds. Jrs. erlaube ich mir, Ihnen folgende Nichtigstellung zu senden:

1. Es ist nicht richtig, daß ich die neue Zeit nicht begriffen habe. Richtig ist, daß trotz der Schwierigkeiten, die die durchgehende Arbeitszeit für das Tapezierergewerbe bringt, ich der Anregung des Gehilfen, Herrn B., um den es sich in der genannten Zeitschrift handelt, die durchgehende Arbeitszeit einzuführen, stattgegeben habe. 2. Es ist nicht richtig, daß ich Herrn B. kurzer Hand entlassen habe, weil er keine Ueberstunden machen wollte. Richtig ist, daß Herr B. am Samstag den 11. Dezember erkrankt wurde, Mittagspause zu machen, was er jedoch ablehnte. Um 1/2 12 Uhr jedoch verließ er die Arbeitsstelle, obwohl seine Arbeitszeit eigentlich bis 3 Uhr dauerte. Herr B. hatte eine Arbeit in Händen, die unbedingt an diesem Tage noch fertigzustellen war, was Herr B. auch wollte. Erst als sich Herr B. meinem Ersuchen, die Arbeit fertigzustellen, widersetzte, habe ich ihn, entsprechend unserer beiderseitig anerkannten Abmachung über eine Lösung des Arbeitsverhältnisses entlassen. 3. Es ist nicht richtig, daß Herr B. von mir entlassen worden ist, weil er auf dem Tarif bestand. Richtig ist, daß der Schlichtungsausschuß und das Gewerbegericht die Entlassung als zu recht erfolgt anerkannt. 4. Es ist nicht richtig, daß ich die Feuerungsanlage nicht ausbezahlt. Richtig ist, daß die Feuerungsanlage von mir so ausbezahlt wurde, wie es die Abmachung mit Ihren Gehilfen vereinbarte. 5. Es ist nicht richtig, daß ich eine Behelfszüchtereit betriebe. Richtig ist, daß ich nur einen einzigen Behelf betrieb. Richtig ist, daß der Einkäufer der ersten Holz dürfte sich wohl zu der Sache äußern.

Revolution im Handwerkerlager

Das Ortskartell selbständiger Handwerker schreibt uns zu dem unter obiger Überschrift in Nr. 293 unseres Blattes gebrachten Artikel:

Um ein Urteil über die Angaben fällen zu können, wäre es nötig zu wissen, wie hoch sich die Kosten der Maurerarbeiten fraglicher Häusergruppe belaufen. Nach einer Schätzung der nun im Rohbau fertig gestellten Häuser kann ein Betrag von 250 000 M. in Frage kommen. Ist mit einem Reingehalt von 32 000 M. zu rechnen, so würde das einem Unternehmergewinn von rund 18 Prozent entsprechen. Der selbständige Handwerker berechnet aber im Allgemeinen 11 Prozent. Somit hätte die „Selbsthilfe“ 2 Prozent mehr für sich in Anspruch gebracht als der selbständige Handwerker. Von den „etwas über 10 000 M.“, die die Gartenstadt Müppur erhalten soll, blieben also nur etwas über 5 000 M., die sie — folgt man dem Gedanken des Artikelschreibers — dadurch gespart hätte, daß sie die Maurerarbeiten durch die „Selbsthilfe“ ausführen ließ. Es läßt sich fragen, ob wegen dieser rund 5 000 M. bei einem Objekt von 250 000 M. es sich lohnt, die Vergebung der Arbeiten an die „Selbsthilfe“ als die zweckmäßigere Verbindungsort hinzustellen. Würde aber bei Vergebung der Arbeiten an 2 selbständige Unternehmer — einem einzigen wäre ja das Objekt nicht zugefallen — von diesen 2 Unternehmern ein Reingehalt gleich dem von der „Selbsthilfe“ erwarteten, erzielt worden sein, so hätte jeder der beiden Maurermeister ein Gewinn von 16 000 M. gehabt. Es wird kein Willkürkriterium behaupten können, daß der selbständige Unternehmer damit einen übermäßigen Gewinn erzielt haben würde. Die 16 000 M. wären unter den heutigen Verhältnissen ein beachtenswertes Einkommen, zumal zu berücksichtigen ist, daß infolge der darniederliegenden Bautätigkeit die Ausführung dieser Arbeiten nahezu die einzige Verdienstmöglichkeit der beiden Maurermeister gewesen wäre. Es gibt recht viele Maurermeister, die einer ganzen Reihe ihrer Angehörigen höhere Gehälter zahlen müssen, als sie einen Reingehalt aus dieser Bauausführung gezogen hätten.

Die Arbeiten der Gartenstadt Müppur sind erst im Rohbau fertig; es werden noch verschiedene Neben- und Nacharbeiten zu machen sein, deren Kosten man heute noch gar nicht kennen kann. Diese Summe ist aber selbstverständlich seiner Zeit vom Reingehalt in Abzug zu bringen. Der Artikelschreiber denkt offenbar auch daran. Denn er spricht ja nur von einem „annähernden“ Reingehalt. Bevor man urteilt, sollte man die endgültige Abrechnung abwarten.

Daß das selbständige Handwerk bestrebt ist, nach gemeinnützigen Gesichtspunkten zu verfahren, kann man aus folgendem ersehen: Die selbständigen Handwerker, die Arbeiten für die „Gemeinnützige Handwerker- und Mieterbaugenossenschaft“ ausführen, haben 65 Prozent ihrer Forderung gegen 4 Prozent Zinsen und bei einer Amortisation innerhalb 30 Jahren der Genossenschaft kreditiert. Das bedeutet für die „Gemeinnützige Handwerker- und Mieterbaugenossenschaft“ eine außerordentliche Erleichterung ihrer finanziellen Lage, eine Entlastung, die mindestens gleichwertig ist der, die die „Selbsthilfe“ der Gartenstadt Müppur gewährt durch die Ueberweisung eines Teils ihres Reingehalts. Man muß dabei noch in Betracht ziehen, daß der Handwerker der mit Kredit arbeiten muß, das Geld zu einem bedeutend niedrigeren Zinsfuß der Genossenschaft überläßt, als er es selbst von seinem Kreditgeber erhält. Dabei behält er sich der Möglichkeit, dieses Geld in seinem Geschäft einzusetzen zu können. Die Vorteile, die die „Gemeinnützige Handwerker- und Mieterbaugenossenschaft“ somit erhält, kommen einer mitleidenden Bevölkerungsgeschicht zugute und die selbständigen Handwerker dürfen für sich in Anspruch nehmen, durchaus gemeinnützig zu handeln. Es ist also nicht so, daß die selbständigen Handwerker aus Profitinteressen jede Rücksicht auf die Allgemeinheit vermissen lassen. Wer die Lage im selbständigen Handwerk kennt, der wird gestehen müssen, daß alles getan wird, um die Arbeit des selbständigen Handwerkers möglichst rationell zum Vorteil der Allgemeinheit zu gestalten. Und es liegen keine weise genug vor zur Feststellung, daß auch die „Selbsthilfe“, wenn sie unter den gleichen Produktionsbedingungen wie der selbständige Handwerker arbeiten muß, nicht billiger produziert.

Um auch die andere Seite zu Worte kommen zu lassen, geben wir obiger Erwiderung Raum. Die „Selbsthilfe“ wird sich dazu noch äußern. (Die Red.)

Valuta-Bericht vom 29. Dezember

Markkurs in der Schweiz ca. 8.95. Auszahlung Holland notierte 23 M. per fl. Auszahlung Schweiz notierte 11.18 M. per schw. Fr. Auszahlung England notierte 258 M. per Pf. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 4.27 M. per frz. Fr. Auszahlung New York notierte 74 M. per Dollar.

Umsatzstand des Rheins

Schweizerinzel 50 Tm., gest. 27 Tm. Rest 132 Tm., gest. 17 Tm. Rheingau 280 Tm., gest. 9 Tm. Mannheim 152 Tm., gest. 4 Tm.

Kleine Nachrichten

Berlin. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge sind nach einer Meldung aus Ebing Deutschland und die freie Stadt Danzig übereingekommen, gegenseitig Steuerdrücke derer fortan auszuliefern. Ein dementsprechendes Abkommen soll in der nächsten Zeit rückwirkend in Kraft treten. — Einer Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ aus Rößlin zufolge wurde auf dem Gute des Majors Fuchs Flugzeugmaterial im Werte von mehreren Millionen Mark beschlagnahmt.

Berlin, 29. Dez. Das Gewitter, das in der letzten Nacht über Berlin niederging, brachte eine Niederschlagsmenge von 10 Millimeter. Die Temperatur stieg auf 9 Grad Wärme.

B.Z. W. 29. Dez. Vor der hiesigen Strafkammer begann heute die Verhandlung gegen 32 wegen Landfriedensbruch angeklagte Personen, fast durchweg Arbeiter und Handwerker aus Hohenswerda und Umgebung. Der Anklage liegen die Vorgänge vom 16. April 1919 zu Grunde, während deren Landrat Dr. Degenfeldt von der aufgeregten Menge mißhandelt worden ist.

Letzte Nachrichten

Von der Beamtenbewegung

Berlin, 29. Dez. (Privat). Der von den Eisenbahner-Organisationen eingesetzte 18er-Ausschuß erläßt eine Erklärung, die bei aller Schärfe doch die Absicht erkennen läßt, nicht die prinzipielle Frage des Streikrechts zur Entscheidung zu bringen, sondern einen annehmbaren Ausgleich zu erreichen. Was jetzt zur Erörterung stehe, sei nicht die Frage, ob die Eisenbahner das Recht zum Streik haben, sondern ob sie und ihre Familien die Mittel zum Leben besitzen. Pflicht jeder Regierung sei es, von den Bediensteten Ginnade und hochwertige Leistungen, von ihren Beamten ein besonderes Treueverhältnis zu verlangen und für deren Existenz ausreißend zu sorgen. Gegen den Versuch, den Verhandlungsboden zu verschieben, müßten die Organisationen Verwahrung erliegen.

Berlin, 29. Dez. Gestern fand im Reichsverkehrsministerium eine Aussprache des Reichsverkehrsministers mit dem 18er-Ausschuß der Eisenbahnerorganisationen über die von den Verbänden aufgestellten Forderungen statt. Der Minister wies darauf hin, daß die Reichsregierung und das Parlament die Not der Beamten erkannt hätten und auf eine Milderung der Notlage hinarbeiten würden. Ein Streik würde nicht nur unser ganzes Verkehrsleben und unsere Volkswirtschaft erschüttern, sondern auch die Existenz der Beamten gefährden. Staatssekretär Siller teilte mit, das Ergebnis der Besprechung der Staatssekretäre am 28. Dezember hinsichtlich der früheren Auszahlung der Gehälter und Löhne wird die Grundlage weiterer Beratungen mit dem Reichsfinanzministerium bilden, die am 3. Januar 1921 beginnen sollen.

B.Z. W. Berlin, 29. Dez. Der Verband der Reichspost- und Telegraphenbeamten (40 000 Mitglieder) hat in seiner Gesamtvorstandssitzung vom 28. Dezember grundsätzlich beschlossen, eine der Ausgestaltung der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten positiv mitzuarbeiten. Damit ist die Reichsgewerkschaft die erste, die eine Million Mitglieder erreicht. Auch mit den übrigen postalischen Beamtenverbänden sind Verhandlungen eingeleitet.

Konferenz der Eisenbahnpräsidenten

B.Z. W. Dresden, 29. Dez. Gestern fand hier die dritte Konferenz der Präsidenten der Reichseisenbahnen unter der Leitung des Reichsverkehrsministers Dr. Greiner statt. Außer einer Reihe laufender Verwaltungsangelegenheiten wurde die wirtschaftliche und politische Lage der Eisenbahnen besprochen. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein Beginn des Wiedererhaltens des ganzen Apparates und ein wachsendes Interesse des Personals an den Leistungen der Eisenbahnen festgestellt werden könnte. Welches werde aber durch die Bewegung in der Beamtenbewegung und die Versuche, sie zu unüberlegten Beschlüssen zu verleiten, gefährdet. Die Präsidenten erkannten einmütig die Notlage der Beamten in weiten Teilen des Reiches an. Der Minister wies

daraufhin, daß Reichsregierung und Parlament die Notlage der Beamten durchaus anerkennen, und durch die im Dezember getroffenen Maßnahmen begonnen hätten, hier abzuheilen. Die Reichsregierung werde an dem in der Kundgebung vom 17. d. M. enthaltenen Standpunkt gegenüber dem Beamtenstreik unabänderlich festhalten. Die vom Minister in der Kundgebung erlassenen Richtlinien wurden den Präsidenten erneut eingeschärft. Die Beratung dauerte bis zum späten Abend.

Eine deutsche Note wegen der deutschen Festungen

B.Z. Berlin, 29. Dez. Die Reichsregierung hat an die Vorkonferenz folgende Note richten lassen: Die Vorkonferenz hat durch ihre Note vom 17. November der deutschen Regierung mitgeteilt, daß nach ihrer Auffassung die Note der Interalliierten militärischen Kontrollkommission in der Frage der Ausstattung der deutschen Festungen mit Artillerie dem Buchstaben und dem Geiste der Art. 167 und 180 des Vertrags entspricht. Die deutsche Regierung vermag nicht anzuerkennen, daß diese Note mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Einklang stehe. Sie weist darauf hin, daß eine Reihe deutscher Festungen durch die Wegnahme der Geschütze ihren Wert vollständig eingebüßt haben und daß durch diese Maßregel gegen den Geist des Friedensvertrages verstoßen würde. Es heißt dann weiter: Der deutschen Regierung steht kein Weg zu Gebote, ihr Recht zur Wehrung zu bringen. Sie muß sich den Entschlüssen der Alliierten beugen, erhebt aber gegen die Verletzung des Vertrags nachdrücklichste Verwahrung. Zum Schluß wird darum ersucht, die Festungen Königsberg, Küstern und Bohren nicht sofort entwaffnen zu müssen.

Regierungskonferenz mit den Eisenbahnern

Berlin, 30. Dez. Gestern nachmittag empfing der Reichsverkehrsminister Greiner den 18er-Ausschuß der vier großen Eisenbahnerorganisationen zu einer mehrstündigen grundsätzlichen Aussprache über die von den Verbänden vertretenen Forderungen. Der Minister wies darauf hin, daß Reichsregierung und Parlament die Note der Beamten erkannt hätten und bemüht seien, weiterhin auf Milderung dieser Note hinzuwirken. Der Minister selbst betrachte es als seine Aufgabe, eine gerechte und befriedigende Lösung der Besoldungsfrage der Beamten zu erreichen. Dann streifte der Minister die wirtschaftliche Lage der Eisenbahnen, die eine sehr umfangreiche Reorganisation nötig haben. Ein Streik würde nicht nur unsere ganze Verkehrs- und Volkswirtschaft erschüttern, sondern auch die Existenz der Beamten gefährden.

Benzolforderung der Entente

B.Z. Aus dem Haag, 29. Dez. Nach einer Pariser Meldung hat die Wiedergutmachungskommission bestimmt, daß Deutschland 35 000 Tonnen Benzol an die Entente-Staaten zu liefern hat.

Große Arbeitslosigkeit in Amerika

Paris, 29. Dez. Nach einer Meldung des „Daily Chronicle“ aus New York beträgt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten 2 1/2 Millionen.

London, 29. Dez. Ein Telegramm der „Times“ aus Neu-York berichtet, daß in den Vereinigten Staaten bereits eine Eindämmung der Einwanderung zu bemerken ist. Auf der Einwandererstation Ellis Island bei New York werden im Augenblick viele laufende Einwanderer festgehalten, von denen man die meisten wieder nach Europa zurücksenden will.

Der Krieg um Fiume

B.Z. Rom, 29. Dez. Nach einer der Agentur Habas aus Rom ausgehenden Meldung ist General Caviglia in Fiume eingedrungen, nachdem er den Hafen besetzt hatte. Auf beiden Seiten soll es einige Verluste gegeben haben. Aus Fiume wird der „Dea Nazionale“ gemeldet, daß sich die Zahl der bei dem Sturm auf Fiume getöteten regulären Soldaten auf etwa 400 beläuft, die Zahl der Vermundeten sei so groß, daß sie in einem Wagon transportiert werden mußten. Auch Zivilisten und Frauen hätten an der Verteidigung Fiumes teilgenommen.

B.Z. Rom, 30. Dez. Der Fiumekonflikt scheint der Lösung entgegenzunehmen. Die Annunzio hat bereits seine Rücktritts-erklärung unterzeichnet. Zwar enthält diese Schriftstücke beidseitige Ausfälle gegen die italienische Regierung, weshalb General Ferrari, der Befehlshaber der dortigen Truppen, seine Annahme abgelehnt hat. Zugleich wird aber die Abdankung d'Annunzios zum Gunsten des Führers der dortigen Truppen, mit dem nunmehr Italien die Durchführung des Vertrages von Rapallo vereinbart wird. Die Verlegung d'Annunzios durch eine Granate ermöglicht ihm einen günstigen Abgang.

Unterzeichnet. Zwar enthält diese Schriftstücke beidseitige Ausfälle gegen die italienische Regierung, weshalb General Ferrari, der Befehlshaber der dortigen Truppen, seine Annahme abgelehnt hat. Zugleich wird aber die Abdankung d'Annunzios zum Gunsten des Führers der dortigen Truppen, mit dem nunmehr Italien die Durchführung des Vertrages von Rapallo vereinbart wird. Die Verlegung d'Annunzios durch eine Granate ermöglicht ihm einen günstigen Abgang.

Briefkasten der Redaktion

Abbonent. Herrn Kettner, Morgenstr. 19. Etwas vom Samstern. Wenn man kritisieren will, muß man zum mindesten den Mut haben, für die Kritik mit seinem Namen einzutreten. Anonyme Kritik berührt uns nicht, sie wendet in den Papierkorb. Das sollte Ihnen bekannt sein, wenn Sie wirklich Volkseisenbahnabonnent sind.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heftleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Güte; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 30. Dezember 1920

Die nördlich von uns ostwärts verlaufenden Tiefdruckzentren bewirken noch immer die Zufuhr von warmen Luftmassen aus einem über Südeuropa lagernden Tiefdruckgebiet. Der milde Witterungscharakter wird sich daher bis heute noch erhalten. Nach dem Abfließen der Luftmassen aus dem Laufe des gestrigen Tages wieder vielfache Regenfälle. Eine wesentliche Wenderung der Witterung steht nicht bevor. — Voraussichtliche Witterung bis Donnerstag nach 12 Uhr: Zeitweilig Aufbesserung, vielfach neblig, zunächst einzelne Regenfälle, vorerst kein nennenswerter Temperaturrückgang.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Freitag, 31. Dez., abends 8 Uhr, im Gaudinuss gemütliches Beisammensein aller Vereinsangehörigen. Sonntag, 2. Januar 1921, Serienpiel F.C. Karlsruhe — F.C. Singen auf unserem Sportplatz Linienheimer Allee. 1. Mannschaft halb 3 Uhr. 7220
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute abend 1/8 Uhr Monatsversammlung, Schreyer Saal 3. 7218
Karlsruhe. (Wassersportverein.) Montag, den 3. Januar 1921, erstmaliger Lebensabend der Frankenscheidung des Vereins im hies. Friedrichsbad, Kaiserstr. Beginn 1/8 Uhr abends. Mitglieder selbst ihre Frauen, Wöchter und Schwestern. Aufnahme am Abendabend. 7219
Karlsruhe. (Arbeiter-Frauenchor.) Freitag, 31. ds. Mts., abends 7 Uhr, Zusammenkunft der Sängerinnen bei der Brauerei Mönninger, Ecke Krieg- und Grenzstraße zwecks Erhebung von Mitgliedern. Nachher Silvesterfeier bei unserem Mitglied Wächter in der „Deutschen Eiche“. 7167 Die Verwaltung.
Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiter-Verband — Elektromonteur.) Sonntag, den 2. Januar, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Ziegler“, Baumeisterstraße, Monatsversammlung. 7176 Ortsverwaltung und Brandeileitung.

Standesbunhauszüge der Stadt Karlsruhe

Geheiligungen. Moses Goldschmidt von Diebrich, Tapeziermeister in Frankfurt a. O., mit Gauden Strauch von hier. Bernhard Röß von Kappelrodt, Schneider hier, mit Anna Leichter Witwe von Daudenheim. Johannes Harinaga von Oberkalt- hofen, Polsterer hier, mit Frieda Stolz von Zegernau. Friedrich Haub von Weidensiedel, Kranführer hier, mit Emma Wöckel von Weisbach. Karl Peter von Oberstadt, Kaufm. in Albern, mit Helene Ernst von hier.

Todesfälle. Karl Schöffner, Chemann, Schneidermeister, alt 52 Jahre. Maria Köck, alt 78 Jahre. Witwe des Badermeisters Philipp Köck. Joh. Burghardt, Chem., Feuerlöschmeister, alt 62 J. Eise, alt 8 Tage. Vater Robert König. Feinmechaniker. Leopold Weil, Chem., Kaufm., alt 78 Jahre. Wilhelmine Seitz, alt 69 J., Witwe des Oberleutnants. Karl Seitz. August Franz, Chem., Kaufmann, alt 55 Jahre.

Pfannkuch & Co. Unsere Confitüren-Sonder-Abteilungen Kaiser-Allee 73 Tel. 3356 Karlsrufer 13 (Ede Akademiestr.) Tel. 1213 Marktplatz (Karlsruferstraße) Tel. 2890 Hauptbahnhof Tel. 3360 bieten Deutsche Schokoladen Nürnberger Lebkuchen Konfekt Kekse in gefälligen Geschenkpäckchen. Pfannkuch & Co.

Gewerkschafts-Kartell Rehl. Einladung zu der am Freitag, den 31. Dezember 1920, abends 1/7 Uhr, im „Schi“ stattfindenden Sylvester-Feier. Das Programm umfaßt: Festrede, Theater- und turnerische Ausführungen, Musik-, Gesang- u. Rhythmus-Vorträge, sowie nachfolgend TANZ. Saalöffnung 1/6 Uhr. — Anfang punkt 1/7 Uhr. Die feierlich organisierte Arbeiterschaft ist hierzu freundlichst eingeladen. 7227 Als Ausweis gilt das Mitgliedsbuch. Schulspflichtige Kinder können nicht zugelassen werden. Empfehle zu Neujahr meine prima spanischen deutschen Weine sowie reinen Guten Most, ff. Sinner Bier eigene Schlachtung reichhaltige Küche Musikalische Unterhaltung wie bekannt Zum Besuch ladet höflichst ein Familie Karl Schwörer Zur Brunnenstube, Mühlburg Hardtstrasse 7197

Gebrüder Scharff. Unsere Niederlage in Mühlburg Rheinstraße Nr. 59, befindet sich ab 3. Januar nebenan Rheinstraße Nr. 61 Die Geschäftsleitung übernimmt Herr Wilhelm Steinkühler. Wir empfehlen zu Silvester: Roten Tischwein vorz. Qualit., offen Liter 16 Mark Rotwein Dürkheimer Fl. 17.50 Weißwein Edenkobener Fl. 18.50 Kognak reiner Weinbrand 1/2 Fl. 30.— Zwischgenwasser garantiert rein 1/2 Fl. 30.— Kirschwasser Schwarzwälder garantiert rein 1/2 Fl. 35.— Die Preise verstehen sich einschliesslich Flasche und Steuer. 7208 Wäscherei Schorpp verkauft auch 6000 Neue Kragen. Gänselebern kauft und zahlt höchste Preise Fa. Wüb. Rater, Antisstraße 14. 6051

Arbeiter-Gesang-Verein „Freiheit“ Beiertheim. Zu unserer am 1. Januar 1921, nachmittags 1/4 Uhr, in den Räumen des „Stefanienbades“ Beiertheim stattfindenden Jahreswende-Feier verbunden mit Gabenverlosung und darauffolgendem Tanze beehren wir uns sämtliche Gesangs-, Partei-, Gewerkschafts- u. Sportsingenossen nebst Familienangehörigen ganz ergebenst einzuladen. 7199 Die Verwaltung. Sozialdemokrat. Verein Mürlsch. Am 31. Dezember (Silvesterabend), 7 Uhr abends beginnend, findet im Saale zum „Löwen“ unsere alljährliche Jahreswende-Feier statt, wozu die Parteigenossen, Volkseisenbahner, sowie alle Gewerkschaftsmitglieder und Parteifreunde mit ihren Familienangehörigen herzlich eingeladen sind. Das angelegte Programm verpricht einige vergnügliche Stunden. Der Vorstand. Vereinigte Gewerkschaften Raffat. Am 31. Dezember 1920, abends 7 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus Osthaus „Zum Anker“, unsere diesjährige Silvester-Feier mit Theater, turnerisch. Ausführungen und Tanz statt, wozu wir unsere Kollegen und Kolleginnen freundlichst einladen. Eintritt RM. 2.40 einschl. Steuer. 7200 Der Vorstand.

Guten Mittag- und Abendbisch erhält man Schützenstraße 66 part. Pfannkuch & Co. In unseren Sonder-Abteilungen Marktplatz (Karlsruferstraße) Tel. 2890 Gutenbergplatz sowie in unseren anderen Verkaufsstellen finden Sie Zigarren Deutsche Zigaretten Tabak für lange und kurze Pfeifen als willkommene Geschenkartikel Pfannkuch & Co.

